:antifaschistische nachrichten

Nr. 9

g 3336 8.5.2009 25. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €
www.antifaschistische-nachrichten.de

Unternehmer tritt DVU bei

BERLIN. Der Begründer der extrem rechten „Kontinent-Europa-Stiftung“, Patrik Brinkmann, ist der „Deutschen Volksunion“ (DVU) beigetreten. Der Unternehmer, ein gebürtiger Schwede, war in den 1980er Jahren in der Bau- und Immobilienbranche tätig und zu viel Geld gekommen. Im vergangenen Jahr kaufte er für mehrere Millionen Euro eine Villa in Berlin.

In einem Interview mit dem rechten Internetportal „gesamtrechts.info“ trat Brinkmann unlängst dafür ein, dass die DVU bei der Europawahl die „Islamisierung“ thematisiert. Nicht die jüdische Kultur sei ein Problem für unser Land, sondern die islamische. *hma* ■



Köln. Mehr als 300 SchülerInnen gingen am 25. April auf dir Straße. Unter dem Motto „Für ein tolerantes Köln - Keine Stimme für Nazis“ wollten sie ein deutliches Zeichen gegen fremdenfeindliche Hetze setzen. In den letzten Wochen hatte Pro Köln wieder vermehrt versucht, mit ihren menschenverachtenden Parolen Schülerinnen und Schüler zu ködern und ihre Propaganda- Materialien an Schulen verteilt. Im Hinblick auf den zweiten Versuch ihres sog. Anti-Islam- Kongresses am 9. Mai wollte man Rouhs, Schöppe und Co. schon zwei Wochen vorher deutlich zeigen, wie es in Köln um die Mehrheitsverhältnisse steht.
jk, Foto: arbeiterfotografie



Naziaufmärsche am 1. Mai quer durch die Republik

In Ulm konnte ein Aufmarsch der NPD-Jugendorganisation »Junge Nationaldemokraten« mit rund 700 Neonazis unter dem dubiosen Motto »Aufruhr im Paradies – die Jugend stellt sich quer« stattfinden, wurde durch etwa 2000 Gegendemonstranten aber immer wieder gestoppt. Die Polizei ging dabei äußerst rabiat gegen Antifaschisten vor, es kamen auch Wasserwerfer zum Einsatz.

In Mainz verhinderte der entschiedene Protest von etwa 3000 Menschen, dass die rund 200 angereisten Neofaschisten überhaupt losmarschieren konnten. Die Innenstadt der rheinland-pfälzischen Landeshauptstadt befand sich am Freitag nachmittag im Ausnahmezustand, immer wieder wurden Neonazis und Polizeibeamte mit Steinen, Flaschen und Rauchbomben angegriffen. Nach Agenturangaben gab es rund 60 Festnahmen.

In Neubrandenburg wurde ein rechter Aufmarsch noch am Donnerstag kurzfristig abgesagt, kleinere rechte Aufzüge fanden am Maifeiertag in Weiden und Dresden statt. Auch hier gab es Proteste.

Quelle: junge Welt, 2.5. ■

weiter Seite 3

Inhalt:

Nazis greifen DGB-Kundgebung in Dortmund an

DORTMUND. In Dortmund haben 300 Neonazis die 1. Mai-Demonstration des DGB angegriffen und DemonstrationsteilnehmerInnen verletzt. Steine flogen auf die MaikundgebungsteilnehmerInnen, ein Polizeiwagen wurde beschädigt und Spiegel parkender Autos abgetreten.

Die Dortmunder Polizei wurde angeblich überrascht. Die Nazis hätten woanders an einer genehmigten Demo teilnehmen wollen, seien dann aber überraschend in Dortmund geblieben, um Krawall zu machen, hieß es.

Schon um 9 Uhr versammelten sich die Nazi-Banden am Bahnhof, um dann gegen 11 Uhr loszulegen. Da die DGB-Spitze mit schnellem Abzug vom Auftaktplatz zur 1. Mai-Demo reagierte, wurden vor allem die hinten gehenden Gruppen Opfer der gewalttätigen Angriffe, während die Polizei jede Gegenwehr gewaltsam unterband.

Nach dem Angriff zogen die Faschisten randalierend durch die Innenstadt und griffen die Polizei an. Der Großteil der Nazis ist im Anschluss zwar von der Polizei in Gewahrsam genommen worden, es hielten sich aber noch Nazis in der Stadt auf.

Weil davon auszugehen war, dass sie eventuell noch eine Kundgebung planten, rief das Bündnis gegen Rechts dazu auf, sich um 20 Uhr am Dortmunder Bahnhof zu einer Demonstration zu versammeln.

Aber offensichtlich stehen die Linken in Dortmund unter besonderer Aufsicht. Gegen 19.30 Uhr hatten etwa 30 spontan versammelte Linke etwa 19 Polizeiwagen in ihrem Blickfeld. Weitere 100 Linke wurden im Bahnhof zu der Zeit festgehalten. Die Nazis müsse man gleich wieder laufen lassen, hieß es aus Polizeikreisen, deshalb der Aufmarsch rund um die Gegendemonstranten.

Pressesprecher Manz vom Landesverband DIE LINKE. NRW dazu: „Wieder einmal zeigt sich die Dortmunder Polizei auf dem rechten Auge blind. In Dortmund überlässt man dem rechten Mob die Straße!“

Dortmunds DGB-Chef Eberhard Weber sprach von einer neuen Qualität der Gewalt. „Was heute passiert ist, übersteigt jegliche Vorstellungskraft“, sagte Weber der WAZ. Die Gewaltbereitschaft von Neonazis werde von Polizei und Politik offensichtlich immer noch unterschätzt. Weber forderte Dortmunds Polizeipräsident Hans Schulze und NRW-Innenminister Ingo Wolf dazu auf, sich Gedanken über den geplanten Neonazi-Aufmarsch am 5. September in Dortmund zu machen.

Bündnis gegen Rechts Dortmund, http://bdgr.blogsport.deund PM DIE LINKE. Landesverband NRW ■

Westpreußen-Museum vor dem Aus ?

Münster. Das 1975 gegründete „Westpreußische Landesmuseum“ in Münster-Wolbeck steht womöglich vor dem Aus. Der Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) hatte unlängst beschlossen, seinen Zuschuss für das Museum drastisch zu reduzieren. Da der Bund sich mit seiner Förderung an den Zuschüssen des LWL orientiert, würden künftig etwa 270 000 Euro jährlich im Budget des Museums fehlen. Christoph Nehring, Sprecher der Trägerstiftung des Museums, befürchtet nun, dass den meisten Mitarbeitern des Museums zum Jahresende die Kündigung ausgesprochen werden muss und das Museum in drei Jahren aus Nordrhein-Westfalen verschwunden sein wird. In den vergangenen Jahren gab es immer wieder Kritik an dem Museum. So wurde schon 2005 bemängelt, dass die Darstellung der Geschichte Westpreußens in der Zeit von 1920 bis 1945 höchst lückenhaft sei. Auch die damalige Trägerstiftung des Museums der „Landsmannschaft Westpreußen“ geriet in die Kritik, da sie nach Erik von Witzleben benannt worden war, der 1940 in die SS eingetreten war und 1942 zum „Sturmbannführer“ befördert wurde. Daraufhin wurde die Trägerstiftung in „Kulturstiftung Westpreußen“ umbenannt. Am 8. Mai will der Landschaftsausschuss nun endgültig entscheiden. Doch eine weitere Zusage würde nur für drei Jahre gelten. Die Betriebskosten müssten jedoch auf 20 Jahre gesichert sein, da sonst keine Umbaumittel fließen würden. Der Sprecher der Trägerstiftung des Museums denkt nun über den Gang vor Gericht nach. *hma* ■

„Antikommunismus-Kampagne“ im Ruhrgebiet

Ruhrgebiet. Die Betreiber der Internet-Plattform „Antikommunismus.info“ planen eine „Antikommunismus-Kampagne“ im Wahljahr 2009. Dabei haben sie es besonders auf das westfälische Ruhrgebiet abgesehen, das für sie eine „Hochburg kommunistischer Parteien wie der DKP und der MLPD“ darstellt, die dort auch über ihre Bundeszentralen verfügen, wie es auf den Internetseiten des Nazi-Webportals „AB-West“ heißt. Ihr Hauptaugenmerk legen die extrem rechten Akteure, die sich als „antiparlamentarische Kraft“ verstehen, dabei auf „kommunistische, sozialistische und sozialdemokratische Parteien, welche kontinuierlich versuchen, durch utopische Forderungen die Herzen der Bürger zu erobern“. Dabei hofft man auf die Unterstützung „Freier Nationalisten“ aus der Region und ruft dazu auf, „Aktions- und Bilderberichte, sowie theoretische Abhandlungen“ zuzusenden. Angeboten werden auch eigene Plakate, Flugblätter und Aufkleber. *hma* ■

17. „Berliner Kolleg“ des „IfS“

Berlin. Das um die „Junge Freiheit“ angesiedelte „Institut für Staatspolitik“ führt am 9. Mai sein 17. Berliner Kolleg zum Thema „Die deutsche Frage und das Jahr 1989“ durch. Als Referenten zu der Tagung, die im Zentrum Berlins stattfinden soll und Platz für 200 Teilnehmer bietet, werden Dr. Karlheinz Weißmann, Prof. Dr. Steffen Dietzsch, Detlef Kühn und Prof. Dr. Menno Aden erwartet. Letzterer ist Vorsitzender der „Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft e.V.“ (SWG) mit Sitz in Hamburg, die derzeit den EU-Vertrag von Lissabon mit dem „Ermächtigungsgesetz“ der Nazis vergleicht. Mit einer Unterschriftensammlung an das Bundesverfassungsgericht will die SWG die Klagen gegen den EU-Vertrag unterstützen. Gefordert wird neben der „Selbstbestimmung für Deutschland“ ein „Europa der Völker“ und „Schluß mit dem Europa der Kommissare!“ *hma* ■

Kameradenkreis Gebirgstruppe e.V. klagt erneut gegen Ulrich Sander

Nürnberg. Erneut klagt der Kameradenkreis Gebirgstruppe gegen den Bundessprecher der VVN-BdA auf Unterlassung. Die Verhandlung wurde für den 8.5.2009 im Justizgebäude Fürther Str. 110 in Nürnberg um 11.30 Uhr Sitzungssaal 255/II angesetzt.

Es geht um die Veröffentlichung der VVN-BdA NRW http://www.nrw.vvn-bda.de/texte/0508_kamkreis.htm (Brief an die Vorsitzende des Verteidigungsausschusses des Bundestages Ulrike Merten, SPD und einen Artikel in Gebirgstruppe Dez.08, siehe Link am Ende des Briefes an Frau Merten). Es geht um Unterlassung, man wollte eine einstweilige Verfügung haben, nun die mündliche Verhandlung. Streitwert 10.000,00 Euro. 6 Monate Haft oder 250.000 Euro Geldstrafe werden angedroht. Wer Spenden kann für die Prozesskosten, bitte an VVN NRW, Postbank Essen, BLZ 36010043, Kto. 28212425 überweisen.

„Pro“ler stellen erste Landtagskandidaten auf

Köln. Neben den Vorbereitungen zum Anti-Islamisierungskongress laufen bei pro Köln und pro NRW jetzt auch Vorbereitungen auf die Landtagswahl 2010 in NRW. Nach Angaben von Pro NRW wurden bereits die ersten Direktkandidaten auf zwei Nominierungsversammlungen der Kölner und Leverkusener pro-NRW-Mitglieder gewählt. Man darf langsam bezweifeln, ob die vielstrapazierten wenigen Köpfe dieser Organisation noch durchblicken, für was sie alles antreten. Markus Beisicht, Vorsitzender der pro-Bewegung ist Landtagskandidat für Leverkusen; Hans-Martin Breninek, Stadtrat kandidiert in Köln II; Marylin Anderegg, Sprecherin der Ehrenfelder Anwohnerinitiative - Köln III; Regina Wilden, Stadträtin und Porzer Fraktionsvorsitzende - Köln V; Martin Schöppe, Bezirksvertreter in Chorweiler - Köln IV; Judith Wolter, pro-Köln-Fraktionsvorsitzende - Köln VII; Markus Wiener, pro-NRW-Generalsekretär - Köln VI; Karel Schiele, Mitglied des Verkehrsausschusses - Köln I (v.l.n.r.) ■



Linke fordert Verbot der „Deutschen Liste“ und ihrer Ableger

Mannheim. In einer Erklärung fordert Die Linke in Mannheim das Verbot der Vereinigung „Deutsche Liste“ und ihrer Ableger wie z.B. „Deutsche Liste Mannheim“. Grundlage wäre Art. 9 (2) Grundgesetz: „Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.“

Die „Deutsche Liste“ begreift sich ausdrücklich nicht als Partei und genießt somit auch nicht den Schutz des Parteienprivilegs lt. Art. 21 GG. Zuständig für die Feststellung des Verbots wäre somit nicht das Bundesverfassungsgericht sondern die Oberste Landesbehörde von Baden-Württemberg, letztlich der Innenminister. Tätig werden muss das demokratische Mannheim, welches dem Innenminister – wenn er es schon selbst nicht gemerkt hat oder merken will – deutlich machen muss, dass der Verein „Deutsche Liste“ und seine Ableger sich insbesondere auf Vergehen gegen § 130 StGB spezialisieren: Dort heißt es in Absatz 3: „Mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer eine unter der Herrschaft des Nationalsozialismus begangene Handlung (…) [Völkermord] in einer Weise, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stö-

weiter Seite 4

Weitere Berichte zum 1. Mai

1. Mai – 70 Neonazis in Siegen Eiserfeld

SIEGEN. In Siegen-Eiserfeld marschierten und hetzten am 1. Mai ca. 70 Neonazis und Autonome Nationalisten um Axel Reitz. Zwar wurde die Demonstration weitab vom Schuss – im Siegerland – abgehalten und führte nur 500 Meter hin und zurück, ein Sieg für emanzipatorische Kräfte war es aber dennoch nicht.

Nachdem am 30. April die Demonstration in Hannover endgültig verboten wurde, wurde von Neonazis der Freien Nationalisten Siegerland eine Ausweichveranstaltung in Siegen geplant und dorthin mobilisiert. Schon am Morgen vor der Demo zogen ein bis zwei Kleingruppen von Nazis in der Gegend um den Bahnhof umher und verteilten Propaganda-Aufkleber, konnten aber auf Grund zu geringer Antifa-Präsenz nicht aufgehalten oder mit einem „antifaschistischen Platzverweis" belegt werden. Um 12 Uhr fuhren sie und ihre Kameraden dann mit dem Zug in den außerhalb gelegenen Stadtteil Eiserfeld.

In Eiserfeld waren dann ab 12:00 Uhr immer wieder Kleingruppen von Antifas unterwegs. Diese konnten aber zu keinem Zeitpunkt eine signifikante Größe erlangen. Eine Blockade der Naziroute konnte auch deshalb nicht durchgesetzt werden, weil die Nazis nur ein Drittel der von ihnen vorher angestrebten Route – vom Bahnhof zum Marktplatz in Eiserfeld – absolvierten, um in einer 400 m vom Bahnhof gelegenen übergroßen Parkbucht ihre Abschlusskundgebung abzuhalten.

Diese bestand zum Großteil aus Axel Reitz, der sich darüber beklagte, dass er immer wieder als Antisemit und Fremdenfeind missverstanden würde und dass die Repression in Dortmund seine Kameraden einmal mehr drangsaliert hätte. Außerdem befand er, dass das kümmerliche Elend an Kameraden in Eiserfeld schon einen großen Fortschritt im „Nationalen Kampf" darstelle. Es sprachen auch jeweils ein Vertreter von niederländischen und belgischen Nationalisten, die mit ihren Kameraden ca. 20 der insgesamt ca. 70 teilnehmenden Neonazis stellten.

Den anwesenden AntifaschistInnen blieb aufgrund des Zahlenverhältnisses - 20 Antifas, 70 Neonazis und ca. 250 VertreterInnen von Team Grün (u.a. Einheiten aus Aachen und Köln) - nur die Veranstaltung vom Rand aus mit lauten Rufen und der Unterstützung der Bevölkerung zu stören. Glücklicherweise für die Verhältnisse im beschaulichen Eiserfeld sind die 300 gewaltbereiten Autonomen Nationalisten aus Dortmund nicht in Siegen angekommen. Für das nächste Mal, dass sich FaschistInnen im Siegerland positionieren wollen, müssen die örtlichen Antifa-Strukturen auf Vordermann bzw. -frau gebracht werden! *Quelle: indymedia* ■

1. Mai – NPD-Kundgebung in Köpenick

BERLIN. Fast unbemerkt konnte die NPD in Köpenick ihre Kundgebung zum 1. Mai abhalten und somit den Kampftag der Arbeiter unter dem Motto „Kampf um Arbeit unentwegt" für ihre Aussagen missbrauchen. Trotzdem blieb die Zahl der Teilnehmer weit unter den erwarteten 1000, von denen NPD-Sprecher Beier ausging. Nicht einmal die angemeldeten 300 erreichte man, lediglich 150 Gäste erschienen, weshalb man die Veranstaltung kurzfristig vom Mandrellaplatz auf den Hinterhof der NPD-Zentrale verlegte.

Nicht zuletzt dem antifaschistischen Engagement ist es zu verdanken, dass nicht mehr Teilnehmer kamen. Um 10.30 Uhr hatten sich bereits viele hunderte Antifaschisten am Bahnhof Ostkreuz versammelt, um gemeinsam mit der S-Bahn Richtung Köpenick zu fahren. Im Zug wurden Zettelchen verteilt, die die Mitfahrer dazu aufriefen, sich nach Verlassen des Zuges sofort auf den Bahnsteig zu setzen, um anreisende Nazis am Teilnehmen zu hindern. Laut Aussagen der BVG musste der Bahnverkehr für ca. 1 Stunde unterbrochen werden. Nachdem die Sitzblockade von der Polizei teils gewaltsam geräumt wurde, brachen die rund 2000 Antifas zu einer großen Gegendemonstration durch Köpenick auf.

Quelle: indymedia/Presseberichte ■

1. Mai – 450 Nazis marschieren in Freiberg

In Freiberg, der Kreisstadt des Landkreises Mittelsachsen, kam es gestern zum größten Maiaufmarsch von Nazis in Sachsen. Nachdem das Bundesverfassungsgericht das Verbot einer geplanten Demonstration in Hannover bestätigt hatte, mobilisierten seit Donnerstag Freie Kräfte aus Sachsen und Thüringen zu einer Eildemonstration nach Freiberg mit dem Motto „Zukunft statt Kapitalismus - Freiheit statt BRD". Insgesamt reisten ca. 400-500 Nazis an. Nazis aus ganz Sachsen und Südthüringen nahmen an der Demonstration teil, u.a. das Freie Netz Chemnitz, Kräfte aus Leipzig, Halle, Dessau, Dresden, Zwickau und Radeberg.

In Höhe des Wernerplatzes stoppte die Demonstration für eine Kundgebung, in Höhe des Landratsamtes eskalierte die Situation. Landrat Volker Uhlig (CDU), der die Demonstration zugelassen hatte, verzog sich ins Innere des Gebäudes, als die Demonstration näher kam. Neben dem Gebäude standen eine Handvoll Mitglieder u.a. der Antifaschistischen Aktion, der Linkspartei, der Gewerkschaften, der SPD, des VVN-BDA und Journalist_innen. Darunter auch die beiden Landtagsabgeordneten Simone Raatz (SPD) und Elke Altmann (Linkspartei).

Als die Nazis in Höhe der Menge angekommen waren und aus den Lautsprechern „Rann an den Feind!" ertönte, wagten einige Nazis einen Ausbruchsversuch und griffen Polizist/innen an. Die Polizei konnte diesem Einhalt gebieten, machte sich aber nun daran, die Gegendemonstrant/innen wegzuschicken. Nach diesem Zwischenfall schirmte die Polizei die Nazidemo weiträumiger ab und schaffte sämtliche Gegendemonstrat/innen aus deren Blickfeld.



Antifaschistische Demonstration durch Köpenick

Gegen 15:00 Uhr traf der Demonstrationszug dann wieder am Bahnhofsvorplatz ein, wo die Demonstration aufgelöst wurde und die Situation wenig später noch einmal eskalierte. Eine Gruppe von 30 Nazis wurde völlig unbegleitet in die Bahnhofsvorstadt gelassen, eine andere Kleingruppe jagte einige Jugendliche vom Kaufland zum Obermarkt. Teile der restlichen etwa 400 Nazis versuchten am Bahnhof in Richtung Innenstadt durchzubrechen und griffen Polizist/innen mit Flaschen und Steinen an, konnten aber zum Glück aufgehalten werden und blieben längere Zeit gekesselt, während die Polizei Personalien aufnahm und die Nazis durchsuchte und schließlich zu den Zügen schaffte. Insgesamt wurden 17 Nazis festgenommen, die bis zum Abend noch in Gewahrsam der Polizei saßen. Außerdem wird gegen mehrere Teilnehmende wegen Landfriedensbruchs und Widerstand gegen Vollzugsbeamte ermittelt. In Zwickau wurden in der Nacht noch die Veranstaltenden und Bands einer Veranstaltung im Vorfeld des „Stay Rebel" Festivals von Nazis angegriffen. Durchaus möglich, dass unter den Angreifenden Demonstrant_innen aus Freiberg waren.

Die Zustände in Freiberg sind symptomatisch für Sachsen und haben der uninteressierten Öffentlichkeit wieder einmal vor Augen geführt, wie akut das Naziproblem in Sachsen derzeit ist.

Antifaschistische Gruppe Freiberg
www.freibÄrger.org (Bericht gekürzt)

ren, öffentlich oder in einer Versammlung billigt, leugnet oder verharmlost.“

Was anderes ist es, wenn angesichts der Holocaustleugnung „Meinungsfreiheit“ und „Freiheit für Ernst Zündel“ gefordert werden? *tht* ■

350 Waffenfunde bei Rechtsextremen in 2008

Die Bundesregierung hat auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die DIE LINKE mitgeteilt, dass im vergangenen Jahr insgesamt 53 Fälle antisemitischer Schändungen jüdischer Friedhöfe registriert wurden. „Das heißt: Im statistischen Schnitt wurde Woche für Woche in Deutschland je eine Schändung jüdischer Friedhofe offiziell als antisemitisch eingestuft.“, erklärte Petra Pau, Mitglied im Vorstand der Fraktion Die Linke.

Aus einer weiteren Anfrage (16/12564) der Linksfraktion geht hervor, dass im selben Zeitraum 308 politisch rechts motivierte „Straftaten mit Waffenbezug“ registriert worden sind. Zudem wurden dem Bundeskriminalamt 350 Waffenfunde aus dem Bereich der politisch rechts motivierten Kriminalität gemeldet. ■

Prozess gegen Antifaschisten endet mit Einstellung

Aachen. Der Prozess am 27.4. gegen die beiden Aachener Antifaschisten (siehe AN 8-09) ist mit einer Einstellung des Verfahrens wegen geringer Schuld beendet worden. Die Aachener Nachrichten vom 28.4. schreiben dazu:

„Die Anklage gegen die Linken war in der Öffentlichkeit auf einiges Unverständnis gestoßen, da den eigentlichen Opfern aus den Reihen der Linken der Prozess noch vor den Neonazis gemacht werde, hieß es in einer Erklärung des Aachener Friedenspreises.

Das Verfahren am Dienstag resultiert aus dem Überfall von etwa 30 bis 40 Neonazis auf einen Demonstrationszug von etwa 200 Antifaschisten Ende März 2008. Als die Demo am Glaskubus kurz vor dem Elisenbrunnen eintraf, stürzten die dunkel gekleideten und nach Zeugenaussagen meist vermummten Nazigestalten aus der Deckung hervor und begannen, auf die linken Demonstranten einzuprügeln. Die Polizei, die mit nur acht Uniformierten und zwei (durch die Vorfälle öffentlich gewordenen) Undercover-Beamten den Auftrag hatten, die Demo zu schützen, waren heillos überfordert, wie auch die Beamten bei ihren Einlassungen zugeben mussten. Denn überall gab es Prügeleien und Auseinandersetzungen, erst später rückte eine Polizeihundertschaft nach.

Warum sich nun die Undercover-Kräfte gerade auf „eine zierliche Demonstrantin“, wie ihre körperliche Beschaffenheit beschrieben wurde, stürzten und der Frau eine vermeintlich schlagbereite hölzerne Fahnenstange wegnehmen wollten, anstatt sich gegen die Neonazis zu stellen, wird für immer ein Geheimnis moderner Polizeitaktik bleiben.

Jedenfalls verstrickten sich die Undercover-Beamtin Silke A. (38) und ihr Kollege Oliver K. (26) bei der peniblen Befragung durch die Anwälte in Widersprüche, insbesondere zu ihrem kurz nach den Vorfällen gefertigten Text der Strafanzeige. ... Anwalt Hofmann wies beide Zivilbeamten nachdrücklich darauf hin, dass sie von Anfang an dem Demonstrationsleiter ihre Identität hätten offenbaren müssen, so stehe es schließlich im Gesetz.“

Wichtig war die Solidarität vor und während des Prozesses. An der Kundgebung am Vorabend haben ca 100 Menschen teilgenommen. Am Prozesstag war der Saal mit ca 40 Personen permanent überfüllt. . ■



Keine Neonazis in Pinneberg und anderswo! *- Aufruf -*

Zum 6.6. rufen Neonazis zu einem Aufmarsch in Pinneberg auf. Unter dem Motto „Tag der deutschen Zukunft“ wollen sie dort gegen eine angebliche „Überfremdung“ Deutschlands marschieren. Als Anmelder fungiert der bundesweit agierende Neonazi und führende NPD-Kader Thomas „Steiner“ Wulff. Er ist eine Schnittstelle zwischen NPD und den gewalttätigen sogenannten „Freien Kameradschaften“

Die Nazis propagieren die Ideologie von einer Gemeinschaft, in der die Abstammung bestimmt, ob man dazu gehört oder nicht. Sie bauen ein Weltbild auf, das geprägt ist von Rassismus und Unterdrückung. Diese Argumentation setzt nahtlos an der Ideologie der Nazis zwischen 1933 und 1945 an. Unter diesen Parolen wurden Millionen Menschen ermordet. Heute sind vor allem MigrantInnen ihre Opfer. Nach wie vor werden jüdische BürgerInnen bedroht. So wurde z.B. im letzten Jahr ein Anschlag auf die Räume der jüdischen Gemeinde Pinneberg verübt.

Gegen Neonazis zu sein, gehört in Deutschland bei vielen nur zum guten Ton, eine inhaltliche Auseinandersetzung mit den Ursachen von Rassismus und Antisemitismus findet allerdings selten statt. Wir werden die Verbreitung und Verharmlosung neonazistischen Gedankenguts nicht tolerieren, denn wo Neonazis ohne gesellschaftlichen Widerspruch auftreten, breitet sich rassistisches und nationalistisches Gedankengut aus. Die Agitation gegen „Überfremdung“ richtet sich gegen unsere ArbeitskollegInnen, gegen unsere FreundInnen und NachbarInnen, gegen Menschen, die Schutz vor Verfolgung und Diskriminierung suchen.

Alle demokratischen Kräfte sind aufgerufen, Zivilcourage zu zeigen und sich den Neonazis mit vielseitigem und kreativem antifaschistischen Protest in den Weg zu stellen.

Kommt am 6.6.09 um 11:30 Uhr zur Kundgebung und Demonstration am Bahnhof Pinneberg! Gemeinsam können wir sie stoppen! Gemeinsam werden wir sie stoppen!

ErstunterzeichnerInnen: Dietrich Anders, 1. stellvertretender Kreispräsident des Kreises Pinnberg, Ernst Dieter Rossmann, Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD), Be-inside, amnesty international (Pinneberg/Elmshorn), attac, Freundeskreis Flüchtlinge Pinneberg, Propst Thomas Drope, Kirchenkreis Pinneberg und viele andere

Massive Behinderungen durch die DB AG

München. Mit massiven Behinderungen auf dem Münchener Hauptbahnhof setzt die Deutsche Bahn AG ihren Boykott gegen den „Zug der Erinnerung“ fort. Der Zug, der in mehreren Ausstellungswagen letzte Lebenszeugnisse jugendlicher Opfer der NS-Deportationen mit der „Deutschen Reichsbahn“ zeigt, steht seit Montag (27.4.) auf einem Außengleis des Bahnhofs. Unmittelbar nach Eröffnung durch den Münchener Oberbürgermeister Christian Ude und mehrere Überlebende griff das Bahnhofsmanagement in das Ausstellungsgeschehen ein. Die DB AG beschlagnahmte im gesamten Bahnhofsbereich sämtliche Hinweistafeln auf den „Zug der Erinnerung“ und die über 200 deportierten Kinder der Stadt (Begründung: „Brandschutzmaßnahme“), ordnete „technische Kontrollen“ des Zuges an und ließ Gruppen bewaffneter Sicherheitskräfte vor den Ausstellungswagen patrouillieren.

„Unter diesen Umständen ist ein würdiges Gedenken an die deportierten Kinder und Jugendlichen in München nicht möglich“, heißt es in einer Stellungnahme der Bürgerinitiative „Zug der Erinnerung“, die das Gedenkprojekt seit 2007 durch Deutschland fahren lässt.

„Wir erwarten und verlangen, dass die DB AG die Behinderungen sofort einstellt. Wir appellieren an die Münchener Zivilgesellschaft, dem Boykott entgegenzutreten und das Gedenken vor dem Zugriff der Deutschen Bahn AG zu schützen. Sollte eine würdige Ehrung der Deportierten in München unmöglich sein, werden wir den ‚Zug der Erinnerung‘ abziehen. Eine weitere Beleidigung der Opfer aus München, aus ganz Deutschland und fast sämtlichen europäischen Staaten lassen wir nicht zu.“

Am „Zug der Erinnerung“ hatten am Montag neben Vertretern der Stadt und der jüdischen Gemeinde konsularische Repräsentanten aus den vormals okkupierten Ländern Blumen niedergelegt, um ihre ermordeten Staatsbürger zu ehren. Ziel des Zuges ist die Gedenkstätte Auschwitz.

http://www.zug-der-erinnerung.eu ■

In Erwartung, dass die Nazis nach dem Verbot durch den Polizeipräsidenten und dem Verbot des Verwaltungsgerichts Hannover weiter auf dem Klageweg versuchen würden ihren Aufmarsch durchzusetzen, wurde weiter vom Bündnis bunt statt braun, der Stadt Hannover und weiterer Initiativen gegen den geplanten Naziaufmarsch am 1. Mai mobilisiert. Am 28.04. wurde jedoch das Verbot des Aufmarschs auch vom Oberverwaltungsgerichts Lüneburg bestätigt und der Beschluss als letztinstanzlich und „unanfechtbar" festgestellt. Am 30.4.2009 lehnte das Bundesverfassungsgericht die Annahme des Eilantrags der Nazis ab.

1. Mai Hannover:

Erfolgreicher Widerstand – Naziaufmarsch bleibt verboten

In der Begründung der Polizei zum Verbot wurde u.a. das Versammlungsmotto „Schluss mit Verarmung, Überfremdung und Meinungsdiktatur - nationaler Sozialismus jetzt!!!" als Gefährdung angeführt. Leider ließen das Verwaltungsgericht und das Oberverwaltungsgericht offen, ob das Versammlungsmotto eine solche Gefährdung darstelle. Ihre Begründungen: „Die Gefährdung folge mit der notwendigen Wahrscheinlichkeit aus der Versammlung heraus zu erwartenden Gewalt gegen Menschen und Sachen." In allen drei Begründungen wurde weiter angeführt: „Diese Gefahrenprognose stützt das Gericht auf die angemeldete Zahl („1000 +x") der Teilnehmer, deren polizeiliche Kontrolle angesichts der zu erwartenden Gewaltbereitschaft der Teilnehmer nicht sichergestellt werden könne. Dass ein sogenannter „schwarzer Block" Teil der Demonstration sein wird, ergibt sich aus den Recherchen zu den Demonstrationsaufrufen der Veranstalter und ihrer Sympathisanten im Internet. Dieser Block aus „Autonomen Nationalisten" stellt ein neues Gefährdungspotential rechter Demonstrationen dar.

Außerdem können Vorfälle bei der Demonstration vergleichbarer Veranstalter in Hamburg am 1. Mai im Vorjahr für eine Prognose herangezogen werden. Gewalttätige Ausschreitungen sind danach auch deshalb zu erwarten, weil sich weder der Antragsteller selbst noch die von ihm nunmehr benannten Versammlungsleiter von solchen Ausschreitungen überzeugend distanziert haben und zu befürchten ist, dass insbesondere die Versammlungsleitung vor Ort nicht darauf hinwirken wird, dass die Versammlung friedlich bleibt."

Reaktionen der Nazis zu den Verboten

Zum Verbot des Verwaltungsgerichts erklärte der Anmelder: „Angesichts der haarsträubenden Argumente in der Verbotsverfügung ist anzunehmen, dass das Verbot einer rechtlichen Überprüfung durch die Gerichte nicht standhalten wird." Weiterhin bekräftigte er noch einmal den Entschluss, notfalls durch alle Instanzen gehen zu wollen .

Nach Abweisung des Eilantrags durch das Bundesverfassungsgericht hieß es dann auf der Website der Nazis: „Demo ist verboten – Werdet anderswo aktiv! ... Bleibt am 1. Mai nicht zu Hause! Besucht die anderen angemeldeten Demonstrationen oder reagiert mit kreativen Aktionen flexibel! ... Arbeiterkampftag ist überall!"

Nach monatelanger Mobilisierung und Siegesgewissheit, den Aufmarsch in Hannover durchführen zu können, muss die Verhinderung durch den breiten gesellschaftlichen Widerstand und die Gerichte ein herber Schlag für die Faschisten sein.

Der Regionsvorsitzende des DGB, Sebastian Wertmüller, begrüßte die Gerichtsentscheidungen: „Das ist natürlich das, was wir wollten: Kein Naziaufmarsch in Hannover – und auch sonst nicht! Eine klare Absage an die gewaltbereiten sog. Freien Kameradschaften und sog. Autonomen Sozialisten. Das beschert uns einen entspannten 1. Mai mit einer klaren Botschaft in die Gesellschaft hinein: In dieser Stadt haben Nazis, Rassisten und Antisemiten nichts zu suchen!"

Er sprach zugleich die Hoffnung aus, dass der Impuls aus der erfolgreichen Arbeit gegen den Rechtsextremistenaufmarsch über den 1. Mai hinaus erhalten bleibe:

„Das Denken in vielen Köpfen ist dadurch nicht weg. Deswegen müssen wir weiter für eine pluralistische und demokratische Gesellschaft kämpfen." Für den DGB sei der aktuelle Erfolg ein großer Ansporn, auch in Zukunft in dieser Richtung weiter zu arbeiten.

Zugleich erinnerte der DGB-Chef daran, dass die Naziszene durch diese Entscheidungen noch lange nicht verschwunden sei. Insbesondere im ländlichen Raum rund um Hannover gebe es genügend Anlass zu deutlich mehr Wachsamkeit und Engagement gegen Rechts. Erfreulich sei, das jetzt endlich die Gefährlichkeit der nicht organisierten Naziszene der Kameradschaften erkannt werde. Wertmüller: „Jetzt warten wir auf regionale Handlungskonzepte, auf Antifaschismus und Antirassismus im Alltag und auf Unterstützung der aktiven Gruppen."

Spätestens am 1. August 2009 in Bad Nenndorf sei aber wieder der Protest auf der Straße gegen den braunen Aufzug an diesem Tag gefragt. Der DGB sei dabei, man hoffe aber auch wieder viele anzutreffen, die sich jetzt in Hannover engagiert hätten. Wertmüller: „Unser Ziel ist klar: Nazis immer und überall verbieten!"

Die 1. Mai-Kundgebung mit über 15.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern war geprägt von „Hannover steht auf gegen rechts – bunt statt braun".

Einziger Wermutstropfen bei der Kundgebung war das Auftreten des niedersächsischen Ministerpräsidenten (CDU), dem aufgrund des geplanten Naziaufmarschs ein Grußwort zugesagt worden war und der diese Gelegenheit nutzte, eine Wahlkampfrede zu halten. Bei Ankündigung seiner Rede gab es ein heftiges Pfeifkonzert und der Beifall für seine Ausführungen war verhalten.

bee ■

100 Nazis stören DGB-Kundgebung in Rotenburg/ Wümme

HANNOVER / VERDEN. Am 30.4.09 entschied in 3. Instanz das Bundesverwaltungsgericht, dass der Nazi-Aufmarsch am 1. Mai 09 in Hannover verboten bleibt. Allerdings war klar, dass die Nazis nicht einfach am 1. Mai zuhause bleiben.

Antifas die an den DGB-Maiveranstaltungen in Hannover, Celle, Verden, Soltau, Lüneburg usw. teilnahmen (oder sowieso unterwegs waren) erfuhren um etwa 10 Uhr, dass etwa 100 Nazis sich in Verden sammeln. Daraufhin verließen etwa 400 junge Antifas die DGB-Kundgebung in Hannover, um per Zug nach Verden zu reisen.

Der Zug sollte etwa 11.21 Uhr Hannover verlassen. Offensichtlich musste die Polizei lange überlegen, ob sie den Zug überhaupt abfahren lassen sollte, oder ob die Staatsgewalt den Zug noch in Hannover räumen lassen wollte. Das wurde uns einmal über den Bahnlautsprecher verkündet. Mit fast 1 Stunde Verspätung begann die Reise schließlich. Die Fahrt bis Verden dauerte dann sehr viel länger, als die im Fahrplan angegebene Reisezeit. An jedem Bahnhof hielt der Zug extrem lange. In Verden angekommen waren die Nazis längst weiter. Zurück am Bahnhof griff die Polizei, ohne dass auch nur das Geringste passiert wäre, Leute raus und verhaftete sie und ein schwarzer Sheriff sprühten mit Pfefferspray um sich. Das war völlig grundlos und total überzogen.

Die Nazis trafen sich übrigens an der Autobahnabfahrt Verden-Walle und fuhren nach Rotenburg/ Wümme. Dort störten sie die DGB-Kundgebung und marschierten durch die Stadt. Und hier war die Polizei nicht besonders schnell und handfest. Dabei hatte die Polizei doch hohe Präsenz und große Flexibilität für den 1.Mai in Niedersachsen angekündigt.

R. 17 Jahre

Jugend fand viel Beachtung bei Gedenkfeiern in Bergen-Belsen

Zum Jahrestag der Befreiung des KZ Bergen-Belsen am 19.4. führten jüdische Gemeinden, Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN/BdA), DGB und Arbeitsgemeinschaft Bergen-Belsen e.V. zwei Gedenkfeiern durch.

Nachdem Mechthild Hartung von der VVN/BdA die Verbrechen der Wehrmacht an sowjetischen Kriegsgefangenen geschildert hatte, stellte auf dem sogenannten „Russenfriedhof" in Belsen-Hörsten der Veteran der Roten Armee, Illia Riaboi, die heutige Völkerfreundschaft heraus. Der Botschafter von Belarus, Alexander Levanovic, sprach über den militärischen Überfall Nazi-Deutschlands, dem fast ein Drittel der weißrussisschen Bevölkerung zum Opfer fiel.



DGB-Sekretär Lennard Aldag erklärte: „Dass wir uns heute als Gewerkschafter betätigen können, verdanken wir all denjenigen, die gegen die nationalsozialistische Herrschaft Widerstand geleistet haben" und den zigtausenden Rotarmisten, die in Hörsten, Oerbke und Wietzendorf begraben sind.

Jugendliche des Internationalen workcamps Bergen-Belsen hatten ein Transparent mitgebracht, das sie bei der Protestaktion gegen die rechtsextremistischen Ludendorffer in Dorfmark getragen hatten. In vielen Sprachen (auch Plattdeutsch) war „Gegen Rassismus" darauf zu lesen. Nadine, Ole, Tim, Nantke, Raoul, Neel, Alisa und der workcamp-Verantwortliche Charly Braun berichteten davon, wie sie aus der Geschichte des Widerstandes der Celler Arbeiterbewegung und der Verfolgung und Vernichtung aus dem historischen Faschismus für heute und morgen gelernt haben. Am tiefsten hätten sie die Lebensgeschichten von Überlebenden beeindruckt. Die internationale Gruppe stellte heraus, dass sie das Gelernte auch gleich in die Tat umgesetzt und gemeinsam mit lokalen Gruppen gegen die Ostertagung der rassistischen Ludendorffer in Dorfmark protestiert hatten. Sie verabschiedeten sich mit ihrem Ruf von der Demonstration: „Youth against against racism!"

Bei der Gedenkfeier an der Bahnrampe bei Bergen war die Bergen-Belsen-Überlebende Dr. Yvonne Koch so überwältigt, dass sie kaum über die Nazi-Verbrechen reden konnte.

chb ■

Erschreckt stellten wir am Ostersamstag morgens fest, dass Winsen/ Aller mit etwa 70 Nazi-Plakaten voll-gekleistert war. Die Nazis riefen damit zum Aufmarsch am 1. Mai 2009 nach Hannover auf. Gegen Nationalismus hilft nur Internationalismus. Wir freuten uns, dass noch am gleichen Abend auf nahezu allen Nazi-Plakaten „No Nazis" geschrieben stand. Für uns Jugendliche ist wichtig, dass wir aus der Geschichte für die Zukunft lernen. Aus dem Gedenken an die Opfer entwickeln wir den antifaschistischen Widerstand.

„Youth against Racism!!"

aus dem Camp-Bericht der Jugendlichen

Italiens Rechte vor der EP-Wahl:

Wettlauf zwischen Altfaschisten und Neorassisten

Bei der kommenden Europaparlamentswahl werden erneut Rechtsextreme und „Rechtspopulisten" aus verschiedenen Ländern, im Westen wie im Osten Europas, in das Strasbourger Parlament Einzug halten. Ein westeuropäisches Land, aus dem ein relativ starkes Kontingent kommen wird und in dem Rechtsextreme ferner unmittelbaren Einfluss auf die Regierungspolitik ausüben können, ist Italien.

Dort regiert Silvio Berlusconi, seit seinem Wahlsieg vom April 2008, zum dritten Mal (mit Unterbrechungen) seit 1994. Und zum dritten Mal steht er dabei einer Regierungskoalition vor, die – neben seiner konservativ-liberalen, eher „ideologiefreien" und wie ein Fanclub aufgebauten Partei Forza Italia – auch zwei Parteien mit rechtsextremem Hintergrund umfasst(e). Da war, bis vor kurzem, zum Einen die Alleanza Nazionale (AN), die 1995 aus der früheren „Italienischen Sozialbewegung" – dem neofaschistischen MSI, Movimiento Sociale Italiano – hervorging. Der MSI hatte, seit seiner Gründung 1946/47, eine spitze Flamme in den drei Nationalfarben der italienischen Tricolore zum Parteisymbol: Sie symbolisierte ursprünglich „die Seele Benito Mussolinis, die in Gestalt einer Flamme aus seinem Sarg aufsteigt". Dieselbe Flamme, dieses Mal in den drei Farben der französischen Nationalflagge, hat der Front National in Frankreich seit seiner Gründung 1972 vom damaligen MSI übernommen und führt er bis heute als Wahrzeichen. Unterdessen hatte die frühere neofaschistische Partei in Italien, infolge ihrer Umwandlung zur AN auf dem Kongress von Fuggio Anfang 1995, die Flamme verkleinert und als miniaturisiertes Abzeichen an den Fuß eines grünenden Baums verbannt.

Zum Anderen besteht noch immer die norditalienische, früher offen separatistische und heute eher föderalistisch auftretende, Lega Nord. Letztere entstand 1989/90 aus mehreren Regionalparteien wie der Lega Lombarda, die gleichzeitig einen „radikalen Einwanderungsstopp" forderten und eine rassistische Anti-Ausländer-Hetze betrieben – und dagegen eintraten, „dem Moloch des italienischen Zentralstaats oder den faulen Süditalienern" weiterhin „Geld in den Rachen zu werfen". Die Philosophie, die die Regionalisten – die anfänglich für ein „unabhängiges Padanien" in der Po-Ebene eintraten – prägte, lautete damals, wie ein Slogan verkündete: „Südlich von Rom beginnt Afrika", also aus Sicht ihrer Anhänger das Reich der Barbaren.

Inzwischen hat sich die Konstellation auf der italienischen Rechten modifiziert. Alleanza Nazionale und Forza Italia fusionierten am letzten März-Wochenende 2009 zu einer neuen rechten Einheitspartei unter dem Namen Popolo della Liberta (PdL, „Volk der Freiheit"). Die neue Partei wird stark durch die Person des 72-jährigen Silvio Berlusconi dominiert. Aber schon aus Altersgründen wird sich die Frage von dessen politischer Nachfolge in näherer oder etwas fernerer Zukunft unweigerlich stellen. Dem 57-jährigen bisherigen AN-Chef, Gianfranco Fini – in den frühen neunziger Jahren noch Chef der neofaschistischen Jugend und damals noch bekennender Fan

→

ROM e.V. fordert Einreiseverbot für Edelmannova

Köln. Mit einer Presseerklärung hat sich der ROM e.V. an die Öffentlichkeit gewandt und dazu aufgerufen, auch in diesem Jahr den Antiislamisierungskongress von „Pro Köln“ zu verhindern. „Dieses Jahr,“ so heißt es, „ haben wir neben unserer grundsätzlichen Ablehnung dieses rassistischen Projektes noch eine zusätzliche Motivation.

Eine der eingeladenen Gäste ist Petra Edelmannová aus Tschechien. Sie ist die Vorsitzende von Narodni strana (Nationale Partei). Bei der nächsten Wahl 2010 will die NP wörtlich „die Endlösung der Zigeunerfrage“ propagieren.

In einem Programmentwurf schlägt diese Partei vor, Land in Indien zu kaufen und die in Tschechien lebenden etwa 150.000 bis 200.000 Roma umzusiedeln. Man wolle das Problem dorthin verlagern, wo es entstanden sei, sagte ein Sprecher der Partei mit Bezug darauf, dass die Roma vor einigen Jahrhunderten vermutlich aus Indien nach Europa gekommen sind.

Das erinnert sehr stark an den Madagaskarplan des Hitlerregimes. Der sogenannte Madagaskarplan war eine vom nationalsozialistischen Regime Deutschlands zu Beginn des Zweiten Weltkriegs kurzzeitig verfolgte Erwägung, die eine Vertreibung von 4 Millionen europäischen Juden auf die vor der Ostküste Afrikas gelegene Insel Madagaskar, damals eine französische 14. Kolonie, vorsah. Der auf der antisemitischen Ideologie des Nationalsozialismus aufbauende Plan wurde nach der Kriegsniederlage Frankreichs im Juni 1940 im Reichssicherheitshauptamt und im Auswärtigen Amt des Deutschen Reiches ausgearbeitet. Dieser Plan konnte nie umgesetzt werden, u.a. wegen des anhaltenden Seekriegs gegen Großbritannien. So endeten die Arbeiten am Madagaskarplan noch im selben Jahr (1940). Stattdessen wurde ein Großteil der europäischen Juden im Holocaust ermordet.

Von unseren Schwesterorganisationen in Tschechien wurde verschiedentlich ein Verbot der Nationalen Partei verlangt, unter anderem von Ivan Vesely, der stellvertretender Chef des Regierungsbeirats für Roma-Angelegenheiten ist.

Wenn „Pro Köln“ ausgerechnet eine Vertreterin einer solchen Organisation einlädt, erinnern wir uns auch an die romafeindliche Tradition der Spitzenfunktionäre von „Pro Köln“. Sie organisierten sogar Hetzjagden auf Roma.

Wir erinnern uns: Die Vorgängerorganisation von „Pro Köln“, die „Deutsche Liga für Volk und Heimat“, deren Führungspersonal (z.B.: Beisicht und Schöppe) mit „Pro Köln“ fast identisch ist, inszenierte 1993 eine öffentliche Menschenjagd auf die Roma-Frau Nidar Pampurova: Frau Pampurova war, nachdem sie in das Kriegsgebiet Mazedonien abgeschoben worden war, von UnterstützerInnen zurück nach Köln geholt worden. Die „Deutsche Liga für Volk und Heimat“ setzte daraufhin ein Kopfgeld von 1000 DM für die „Ergreifung“ von Pampurova aus, auf 50.000 Steckbriefen und 3.000 Plakaten.

Wir haben das nicht vergessen.

Wir fordern alle Roma und Sinti, unsere Mitglieder und Freunde auf, sich an den Aktionen gegen „Pro Köln“ am 9. Mai auf dem Barmer Platz in Köln-Deutz zu beteiligen, um den Antiislamisierungskongress von „Pro Köln“ zu verhindern.

Wir wollen keine Rassisten in unserer Stadt und anderswo und fordern ein Einreiseverbot für Petra Edelmannová.

Presseerklärung des Rom e.V. zur geplanten „Pro Köln“-Aktion am 9. Mai 2009 ■

Protestaktionen am 9.5.

- **Die Jugendorganisationen des DGB rufen dazu auf, sich um 9 Uhr am LVR-Turm, Nähe Deutzer Bahnhof zu treffen.**
- **Das letztjährige Blockadebündnis „Aufgestanden, Hingesetzt, Blockiert“ ruft dieses Mal unter dem Motto „Aufgestanden, Hingegangen, Abgepfiffen“ dazu auf, dass sich möglichst viele Menschen auf den Barmer Platz begeben und ihren Unmut über den Rassistenkongress direkt vor Ort äußern**
- **Das Bündnis „Köln stellt sich quer“, bestehend aus Gewerkschaften, demokratischen Parteien und Kirchenverbänden beginnt um 10 Uhr mit einer Auftaktkundgebung am Heumarkt und demonstriert dann Richtung Deutzer Bahnhof. Infos unter: www.hingegangen.mobi www.region-koeln.dgb.de**

→ des „Duce“, wovon er inzwischen abgeschworen hat – werden Ambitionen nachgesagt, bei dieser Gelegenheit das politische Erbe Berlusconis zu übernehmen.

Ob diese Rechnung aufgeht, und ob die bisherigen AN-Kader deshalb das Aufgehen ihrer „Bewegung“ in der neuen Einheitspartei hinnahmen, weil sie sich insgeheim erhoffen, den Laden zu übernehmen oder ihm zumindest einen starken Stempel aufdrücken zu können, bleibt umstritten. Manche Beobachter sehen darin eine geschickte Taktik, andere sehen hingegen die frühere AN durch die Berlusconi-Partei „aufgesogen“ und „absorbiert“. Näheres werden die kommenden Jahre zeigen müssen. Fest steht, dass die neue Partei es vermocht hat, rechts von der bisherigen AN-Parteilinie stehende „Kameraden“ zurück zu gewinnen, die bis dahin die 1995 verkündete „postfaschistische Wende“ – durch Abkehr vom offenen Bezug auf das Mussolini-Regime – ablehnten. Die Parteizeitung Il Secolo d’Italia berichtete sogar offen erfreut darüber, dass solche alten Kameraden in den Kreis der nunmehr vereinigten Rechten zurückkehren. Der „postfaschistische“ Kurswechsel beim Übergang vom MSI zur AN, 1994/95, hatte damals eine Reihe von rechtsextremen Splittergruppen – die sich weiterhin auf den alten MSI und seine Symbole beziehen – am Wegesrand zurückgelassen. Zu ihnen zählten etwa der MSI-Fiamma Tricolore, der zu Anfang des Jahrzehnts eng mit dem französischen Front National kooperierte, und die Forza Nuova. Letztere hielt am 5. April in Mailand eine Veranstaltung mit europaweiter Beteiligung von Neofaschisten und Neonazis ab.

Der aus der AN kommende, als ideologischer Hardliner geltende Bürgermeister von Rom, Gianni Alemanno, der Ende April 2008 ins Amt gewählt wurde und nach wie vor das Keltenkreuz – ein jungfaschistisches Symbol – um den Hals trägt, animiert unterdessen eine eigene Strömung unter dem Titel Destra Sociale (Soziale Rechte). Letztere versucht, der neuen Gesamtpartei „Orientierungen“ und „Werte“ zu formulieren und dabei ideologische Pflöcke einzuschlagen. Zu ihnen zählen „Ordnung“, „Autorität“ und „Identität“. Gianni Alemanno hat es im November 2008 vermocht, einerseits zusammen mit einer Schulklasse das frühere Vernichtungslager Auschwitz zu besuchen, um dort öffentlichkeitswirksam Bekenntnisse gegen die Barbarei abzulegen – andererseits aber in seinem dort vorgetragenen Statement festzuhalten, die Barbarei drohe immer dann, wenn „die unterschiedlichen Identitäten nicht mehr respektiert werden“. Zu denen, könnte man den Gedanken ersetzen, selbstverständlich und an vorderster Stelle auch die italienische und europäische Identität gehören. So funktioniert Diskursverschiebung: Einerseits wird man mit zu den Zivilisierten gerechnet, weil man Lippenbekenntnisse auch gegen den Faschismus ablegt, andererseits aber verschiebt man – hinter den Worten – die Inhalte im Sinne der Rechten.

Die Lega Nord profiliert sich unterdessen, anders als die alten AN-Kameraden, die vor allem auf die Rehabilitierung des historischen Faschismus erpicht sind, eher entlang zeitgenössischer Fragen. Insbesondere schwingt die Liga sich zur zentralen Lobby für eine radikale Verschärfung der

Einwanderungsgesetze auf. Teilweise ist sie dabei sehr erfolgreich. So geht ein am 5. Februar 2009 im italienischen Senat (parlamentarisches Oberhaus) angenommener, aber noch nicht definitiv verabschiedeter, Gesetzentwurf auf die Nordpartei zurück: Er sieht vor, dass Ärzte und medizinisches Personal den Eid des Hippokrates verraten dürfen, wenn sie einen „illegalen Einwanderer“ vor sich haben, und in diesem Falle die von ihnen behandelte Person bei der Polizei anzeigen dürfen. Auch die am 19. Februar 2009 gesetzlich legalisierten „Bürgerrunden“, die in Wirklichkeit eine Art unbewaffneter Milizen oder Bürgerwehren auf der Jagd nach „illegalen Ausländern“ sowie Prostituierten bezeichnen, gehen überwiegend auf die Lega Nord zurück.

Allerdings hat Silvio Berlusconi sich am 19. März o9 nun von den beiden Anliegen, dem Gesetzentwurf zum „Recht auf Denunziation“ für die Ärzte und den Bürgerwehren, öffentlich verbal distanziert. Berlusconi bezog sich dabei positiv auf den Offenen Brief von 101 Parlamentariern, die den Verrat am Hippokrates-Eid als skandalös bezeichnet hatten. Initiatorin des Briefes der 101 Abgeordneten ist ausgerechnet Alessandra Mussolini, die „Duce-Enkelin“, die 1993 in die italienische Politik einstieg – damals beim MSI – und später zu den rechten „Abweichlern“ infolge der „postfaschistischen Wende“ zählte. Mutmaßlich versuchte ein Teil der Ex-Neofaschisten sich auf diesem Wege gegenüber den wahrhaftigen rassistischen Fanatikern der Lega Nord als „moderate Kraft“ profilieren zu können – um dadurch umso besseren Einfluss auf die ablaufende Umgruppierung der Rechten nehmen zu können.

Gleichzeitig ist der gegen Einwanderer gerichtete Rassismus in der Tat ein wesentlich stärkeres Anliegen für die Nördler von der „Liga“ als für die Alt-, Neo- oder Postfaschisten: Diese haben einen stärkeren Teil ihrer sozialen Basis in Zentral- und Süditalien, die historisch lange Zeit eher Auswanderungs- denn Einwanderungsregion waren. Zwar hat sich diese Situation inzwischen verändert, ganz Italien ist heute zum Einwanderungs- und Durchwanderungsland geworden und auch im Raum um Rom ist seit 2008 eine Explosion der rassistischen Gewalt zu verzeichnen. Aber ideologisch prägt der Anti-Migranten-Rassismus die norditalienischen Regionalisten noch immer weitaus stärker: Unter den Lega Nord-Anhängern befinden sich in dieser Frage regelrechte Fanatiker, die insbesondere alles hassen, was ihrer Auffassung zufolge nach „Islam“ riecht.

Um Moslems zu vertreiben, führen fanatisierte Liga-Aktivisten mitunter Schweine an der Leine spazieren, um sie etwa an den Baustellen von Moscheen auf die Erde urinieren zu lassen, damit der Ort „entweiht“ wird. Einer ihrer Spitzenpolitiker, Roberto Calderoli, hatte persönlich eine solche Aktion gegen einen Moscheebau in Bologna angekündigt. Ein Europaparlamentarier und Senator der Partei, Mario Borghezio – der etwa auch als Gast der rechtsextremen Regionalpartei Pro Köln zu ihrem „Anti-Islamisierungs-Kongress“ eingeladen wurde – wurde seinerseits mehrfach aufgrund rassistisch motivierter Straftaten verurteilt. Er erhielt am 1. Juli 2005 eine Haftstrafe von zwei Monaten und 20 Tagen (die in eine Geldstrafe in Höhe von 3.040 Euro umgewandelt wurde), am 19. Oktober 2005 dann – wohl in nächst höherer Instanz – in derselben Sache eine Strafe von fünf Monaten Haft auf Bewährung aufgebrummt: Zuvor hatten er und sieben Aktivisten im Jahr 2000 in Turin Zelte von Immigranten angezündet, die unter einer Brücke schliefen. Mario Borghezio fiel aber auch durch, de facto rassistisch zu nennende, Äußerungen gegen Süditaliener auf. U.a. rief er anlässlich der Olympischen Spiele in Peking 2008 Aufmerksamkeit hervor, indem er sich negativ über die körperliche Tüchtigkeit süditalienischer Landsleute ausließ und die „ethnische Überlegenheit“ der durch die Lega Nord so getauften „Padanier“ (Einwohner der Po-Ebene) unterstrich. Und ein Kommunalparlamentarier der Lega Nord in Treviso, Giorgio Bettio, hatte im Jahr 2007 wörtlich erklärt, „mit den Immigranten (müsse) man SS-Methoden anwenden: Zehn Einwanderer bestrafen, wenn einer gegenüber einem italienischen Staatsbürger straffällig wird.“

Die früheren Mussolini-Anhänger aus MSI oder AN, ob „geläutert“ oder nicht, begeistern sich stattdessen eher für Ideen wie die eines starken Staates, einer mit harter Hard vereinten und kriegerischen Nation und für eine Dominanz Italiens über den Mittelmeerraum – wo die Nordisten vor allem von „weniger Steuern an Rom“ träumen dürften. Während die Lega Nord eine vorantreibende Rolle in Fragen des Rassismus und der Hetze gegen Einwanderer spielt, wobei die „Postfaschisten“ sich bei diesem Thema eher relativ zurückhalten, arbeiteten Letztgenannte in den vergangenen Jahren vor allem an einer „Normalisierung“ und Banalisierung des Verhältnisses zur faschistischen Vergangenheit. Dabei sollen die Grenzen dessen, was als „normal“, als unproblematischer Teil der Nationalgeschichte, als positiv hochzuhaltendes und zu ehrendes Erbe gilt, durch ständige Vorstöße verschoben werden – wobei im Laufe der Zeit ein gewisser Gewöhnungseffekt des Publikums gegenüber diesem Hinausschiebungseffekt einzusetzen droht.

Mit Händen greifbar ist diese Relativierung der Schrecken der faschistischen Vergangenheit, bei gleichzeitigem Hervorkehren ihrer „positiven Aspekte“, in den so genannten Gründerstädten geworden. Letztere wurden unter dem Mussolini-Regime geschaffen, indem Sümpfe und ehemalige Malariazonen trocken gelegt wurden, und liegen vor allem im Süden Italiens. Auf diesem geschichtlichen Hintergrund behielt das Regime bei ihren Bewohnern auch im Nachhinein ein eher positives Andenken. Und auch weil dieser Teil des „Stiefels“ von den ärgsten Kriegsschäden im Zweiten Weltkrieg tendenziell verschont blieb, so dass vor allem die „Aufbauarbeit“ der Mussolini-Ära bei den örtlichen Bevölkerungen im Gedächtnis verankert blieb. Dieses Phänomen hat seit langem existiert, und die Einwohner dieser Gründerstädte lieferten in Nachkriegsitalien oft einen Teil der sozialen Basis der damaligen Neofaschisten. Aber im vergangenen Jahr 2008 durchzog eine Debatte über die Rehabilitierung des „architektonischen Erbes des Duce“, angereichert mit ideologischen Diskussionssträngen über die „positiven Errungenschaften“ des faschistischen Italien, nun auch die überregionale Presse.

Gleichzeitig sprach der aus den Reihen der „Postfaschisten“ kommende Verteidigungsminister Iganzio La Russa sich im September 2008 in der Öffentlichkeit dafür aus, neben den antifaschistischen Partisanen der Jahre 1943-45 künftig auch die Kämpfer der Repubblica Sociale Italiana (RSI) zu ehren. Diese staatliche Struktur, auch als „Republik von Salo“ bekannt, war

Heftiger Konflikt zwischen den Bürgermeistern von Paris und Rom

Zu einem Aufsehen erregenden Schlagabtausch zwischen den amtierenden Bürgermeistern von Paris und Rom, Bertrand Delanoë (Sozialdemokrat) und Giannio Alemanno („Postfaschist“), kam es in der dritten Aprilwoche dieses Jahres. Delanoë hatte am 23. April öffentlich angemerkt, dass die Präsenz des „postfaschistischen“ Bürgermeisters auf dem Chefsessel der römischen Hauptstadt ihm Probleme bereite. Sie stelle die guten Beziehungen zwischen den beiden Hauptstädten in Frage. Und die Stadtverordneten der Grünen hatten daraufhin offiziell das Einfrieren, also die Aussetzung, der (seit 1952 bestehenden) Städtepartnerschaft zwischen Paris und Rom gefordert. Bertrand Delanoë hatte seine Aussage darauf gestützt, dass es schwer falle, mit Leuten eine offizielle Freundschaft zu unterhalten, „die (ihre Amtszeit) mit dem Faschistengruß beginnen“. Daraufhin hatte sein Amtskollege Alemanno zurückgekoffert: „Was der Bürgermeister von Paris sagte, ist falsch, beleidigend und nicht duldbar.“ Zwei italienische Minister der Rechts-Rechts-Regierung, Franco Frattini (Außenminister im Kabinett Berlusconi) und Andrea Ronchi (für europäische Angelegenheiten zuständiges Kabinettsmitglied), forderten daraufhin eine „sofortige öffentliche Entschuldigung“. Die italienische Seite bezichtigt nun die französische, die bei ihrer Darstellung bleibt, der Lüge. Wer hat nun Recht? Tatsächlich hat Alemanno seine Amtszeit nicht durch Zeigen des faschistischen Grußes eröffnet. Es waren einige seiner Anhänger, die bei Bekanntwerden seines Wahlsiegs (im April 2008) vor dem Capitol mit dem so genannten „römischen Gruß“ posierten und sich mit selbigem fotografieren ließen.

bhs ■



Pfingsten 2009: Auf nach Mittenwald!

Seit Anfang der 1950er Jahre versammeln sich alljährlich junge Soldaten aus aktiven Gebirgsjäger-Einheiten und alte Kameraden aus Wehrmachtsverbänden im bayerischen Mittenwald. Gemeinsam ehren sie ihre Toten aus zwei Weltkriegen und den Kriegen der Gegenwart. Traditionspflege bedeutet für sie: Die Massaker und andere Kriegsverbrechen, die die Gebirgstruppe während des Zweiten Weltkriegs in Griechenland, Italien, Frankreich und anderen von Deutschland besetzten Ländern Europas begingen, ungebrochen als heldenhaftes soldatisches Handeln zu glorifizieren und in dieser Linie ihre aktuellen Kriegseinsätze abzufeiern. Gegen diesen militaristischen Kult protestieren wir seit sieben Jahren. So auch in diesem Jahr.

In diesem Jahr sind für den Pfingstsamstag eine Zeitzeugenveranstaltung, ein Konzert und mehrere Aktionen auf den Straßen Mittenwalds geplant. Die Daten, soweit sie feststehen, findet ihr hier:

10 – 13 Uhr Zeitzeugenveranstaltung Maurice Cling, Prof. Maurice Cling, Paris, Überlebender des Vernichtungslagers Auschwitz, Überlebender des Todesmarsches von Auschwitz über Dachau nach Mittenwald.(Kurzbiographie) Max Tzwangue, Jahrgang 1925, Resistance-Kämpfer der FTP-MOI (Francs-tireurs et partisans – Maind'Oeuvre Immigrée), Amicale Liberte- Carmagnole, Paris (Kurzbiografie) Marcella de Negri (angefragt), Mailand, Tochter des auf Kephallonia von Gebirgsjägern ermordeten Hauptmanns Cap. Francesco De Negri.

13 - 14 Uhr Konzert | Esther Bejarano mit Coincidence und Microphone Mafia spielen aus dem gemeinsamen Album „Per la vita", das Ende April erscheinen wird. Das Album entstand zusammen mit der Familie Bejarano. Esther Bejarano ist zusammen mit Anita Lasker Wallfisch die letzte bekannte Überlebende des Mädchenorchesters von Ausschwitz. Die Microphone Mafia macht seit 10 Jahren Hip-Hop und tourt in den kommenden Monaten unter dem Motto La Resistance durch die Städte.

15 Uhr | Rathaus, Demonstration „Entschädigung aller NS-Opfer! Keine Straffreiheit für Kriegsverbrecher! Die militaristische Traditionspflege der Gebirgsjäger angreifen!"

Ab 16 Uhr: Mahnwache „Ein Denkmal für Mittenwald" auf dem Obermarkt

Auch dieses Jahr benötigen die Veranstalter Geld, um die Zeitzeugen-Veranstaltung, die Aktionen und Mobilisierung realisieren zu können! Deshalb gibt es ein Spendenkonto, auf das solidarische Spenden in jeder Größenordnung überwiesen werden können. Hier die Daten:
Ökumenisches Büro, Stadtsparkasse München, Ktnr. 56 17 62 58, BLZ 70150000, Stichwort „Mittenwald"

---

das am Gardasee installierte Marionettenregime Nazideutschlands unter Führung Mussolinis und des harten Kerns seiner Getreuen. Es wurde errichtet, nachdem das „offizielle" Italien unter dem Königshaus – das infolgedessen durch die faschistischen Hardliner des „Verrats" bezichtigt wurde und wird – 1943 vor den Alliierten kapituliert hatte. Die Frontkämpfer der RSI, so tönte der amtierende Minister La Russa im vorigen September, hätten auch nur ihre Pflicht getan und für ihre Ideale gekämpft. Vor kurzem hat La Russa, der damals noch der inzwischen aufgelösten AN angehörte, zudem im italienischen Parlament einen Gesetzentwurf vorgelegt, der die „Jungen von Salo" historisch rehabilitiert, mit den gegen den Faschismus kämpfenden Partisanen gleichstellt und den Überlebenden und Hinterbliebenen einen Soldatenrente zusichert.

Allerdings hat Regierungschef Silvio Berlusconi am Samstag, den 25. April erstmals an einer Feier zum Jahrestag zur Befreiung Italiens vom Faschismus (im April 1945) teilgenommen. Aus diesem Anlass begab er sich in das Dorf Onna in den Abruzzen, das vor kurzem durch ein Erdbeben nahezu zerstört worden ist. Das aber auch der Schauplatz der Erschießung von – als „Vergeltung" für Partisanenaktionen – zu Geiseln erklärten Zivilisten durch die Nazis im Jahr 1944 war. Bislang hatte Berlusconi stets Auftritte am „Tag der Befreiung" gemieden und erklärt, er habe „Besseres zu tun". Doch in diesem Jahr nahm er die, so ein Sprecher, angesichts der schweren Erdbebenschäden manifest gewordene „nationale Solidarität" zum Anlass, um sich zu der Jahrestagsfeier in die Abruzzen zu begeben. Dort ehrte er sogar die kommunistischen Partisanen unter den Antifaschisten von 1943-45. Allerdings ist zu befürchten, dass Berlusconi – der auch erklärte, es gelte „den Nationalfeiertag nicht der Linken zu überlassen" – künftig versuchen wird, im Zeichen der neu aufgekommenen „nationalen Solidarität" künftig politische Widersprüche „zuzukleistern" und die früheren Fronten zwischen Faschisten und Antifaschisten zu überdecken.

Bei den anstehenden Europaparlamentswahlen werden der neuen Einheitspartei der italienischen Rechten Poppolo della Liberta je nach Umfrage zwischen 39 und im Höchstfall 43 Prozent (die letztere Zahl ist umstritten), und der separat auftretenden Lega Nord 9 Prozent prognostiziert. Insgesamt dürfte die italienische Rechte sich damit, selbst ohne die christdemokratische Mitte-Rechts-Partei UDC – ihr werden 7 Prozent vorhergesagt –, in der Nähe der absoluten Mehrheit befinden.

Zur Europaparlamentswahl könnte die Lega Nord insbesondere sehr eng mit der österreichischen FPÖ zusammenarbeiten. Dies möchte jedenfalls der derzeit alleinige Abgeordnete der FPÖ im Europaparlament, Andreas Mölzer, wie er am o9. April dieses Jahres ankündigte. Zur Begründung für eine verstärkte Kooperation nannte er Gemeinsamkeiten zwischen beiden Parteien insbesondere bei der „Volksgruppenpolitik" – wobei „Volksgruppenrechte" bei der Lega Nord vor allem jene der Bewohner einer relativ reichen Region bezeichnen, unter Abgrenzung sowohl von ärmeren Regionen als auch von „Ausländern" – sowie bei den Themen „Islam" und „Zuwanderung".

Andeas Mölzer strebt aber auch eine Zusammenarbeit mit italienischen „Postfaschisten", vor allem ihrem rechtesten Flügel unter Alessandra Mussolini, an. Unterdessen kündigten die deutschsprachigen „Südtiroler Freiheitlichen" im November 2008 ihre Zusammenarbeit mit der österreichischen FPÖ auf; sie werfen den italienischen Rechten Bestrebungen zur „Entgermanisierung" der Region Südtirol vor. Am 22. April dieses Jahres allerdings wetterten Mölzer und die FPÖ in einer Presseaussendung, vor dem Hintergrund des Sprachenstreits in „Südtirol", gegen „altfaschistische Reflexe" auf italienischer Seite. U.a. fielen die Worte: „Meinungsfreiheit der Südtiroler Schützen wird eingeschränkt, aber Denkmäler dürfen den Handlangern Mussolinis huldigen."

Nun, wenn da mal nicht der nächste Streit unter Nationalisten vorprogrammiert ist… *Bernhard Schmid, Paris* ■

Umfragewerte für Front National steigen erstmals wieder an

FRANKREICH. Der FN versucht, den verbreiteten sozialen Zorn umzulenken – statt auf Wirtschaftsunternehmen und ihre Manager – lieber auf „unfähige Politiker“ zu lenken: Statt Werksdirektoren sollten lieber Abgeordnete festgesetzt werden, schlägt die Rassistenpartei „den französischen Arbeitern und Beschäftigten“ vor

Seit Wochen äußert sich Frankreichs größte rechtsextreme Partei, der Front National (FN), in Kommuniqués und Stellungnahmen zu den „brennenden“ Arbeitskonflikten – besonders mit Schwerpunkt auf der Automobilindustrie. Schon seit März 2009 treten die als vergleichsweise „modern“ geltende Cheftochter (und Spitzenkandidatin zum Europaparlament in Nordostfrankreich) Marine Le Pen und sogar der eher dröge wirkende zweite Vizepräsident der Partei, Bruno Gollnisch, morgens um 5 Uhr vor Fabriktoren auf. Um Flugblätter zur Finanz- und Wirtschaftskrise und zur „Notwendigkeit eines neuen Protektionismus“ zu verbreiten.

Allerdings unterstützt die rechtsextreme Partei keineswegs die laufenden radikalen Betriebsaktionen. Sie fordert weder zu Klassenkampf (was ihrer politischen Natur auch widerspräche), noch zu den sich in jüngerer Zeit ausbreitenden „Bossnapping“-Aktionen auf. Vielmehr möchte sie den vorhandenen, sozial begründeten Zorn gerne umlenken. Am 15. April 09 forderte Marine Le Pen erstmals die abhängig Beschäftigten in Frankreich dazu auf, lieber „ihre Abgeordneten und Politiker festzusetzen“. Dadurch reagierte sie auf die aktuelle Welle von Aktionen, die darin bestehen, Manager, Werksdirektoren oder Unternehmensleiter für 24 oder 48 Stunden festzusetzen – einzusperren –, weil die abhängig Beschäftigten etwa gegen drohende Entlassungen protestieren. Diese Aktionen sind durchaus populär, 55 Prozent der Franzosen erklärten sie für „gerechtfertigt“. Die rechtsextreme Jungpolitikerin Marine Le Pen aber möchte sie, statt auf die Vertreter von Wirtschaftsunternehmen, lieber auf „Politiker“ umlenken. Denn diese seien es die, „die dafür verantwortlich sind, dass die französische Industrie geopfert worden ist“, durch Freihandelspolitik und Grenzöffnung. Klingt ihre Forderung – nach dem zeitweiligen Einsperren von Politikern (statt Managern/Firmendirektoren) durch wütende Leute – zwar zunächst radikal, so tritt ihr wahrer „populistischer“ bzw. volksgemeinschaftlicher Kern bei näherem Hinsehen zu Tage: Nationale Arbeit und das nationale Kapital, welch letzteres es gegen die internationale Konkurrenz in Schutz zu nehmen gelte, sollen auf dem Rücken als „korrupt“ respektive „unfähig“ (wenn nicht gar „landesverräterisch“) dargestellter Politiker zusammenstehen.

Der ebenfalls, wie Marine Le Pen, ziemlich junge und ihr nahe stehende Generalsekretär des Front National, Louis Aliot – beide sind 40 Jahre alt – legte in einem Pressekommuniqué vom Donnerstag nach. Darin wendet er sich an die Lohnabhängigen, insbesondere an jene von MOLEX in Villemur (in Südwestfrankreich, also in Louis Aliots Wahlkreis zum Europaparlament), die zwei ihrer Betriebsleiter am 20./21. April dieses Jahres für 26 Stunden festgesetzt hatten. Und er „erklärt“ ihnen, dass sie sich in ihrem Vorgehen irrten, indem sie ihre Wut gegen „das falsche Ziel“ richteten: Nicht Unternehmensleitungen, Direktoren oder Manager, sondern Berufspolitiker oder Abgeordnete wären demnach das richtige Ziel.

Falls es den Gewerkschaften (oder anderen kollektiven sozialen Akteuren) nicht gelingt, der gärenden sozialen Wut eine sinnvolle Stoßrichtung zu verleihen, dann könnte die ohnmächtig in der Tasche geballte Faust tatsächlich am Wahltag zum Bulletin für die extreme Rechte greifen. Dabei war deren Einfluss auf die sozialen Unterklassen soeben gerade empfindlich zurückgegangen: Eine am 2. April 2009 durch die Tageszeitung ‚La Croix‘ publizierte Umfrage ergab, dass nur noch 5,7 % unter den befragten Erwerbslosen erklärten, sie stünden dem Front National „politisch nahe“. (Um 1995 stimmten noch 20 bis 25 % der damals registrierten Arbeitslosen, jedenfalls sofern sie überhaupt wählen gingen, rechtsextrem.) Hingegen erklärte 13,6 Prozent derselben Erwerbslosen ihre „Nähe“ zur antikapitalistischen radikalen Linken (extrême gauche) und zu ihren Ideen. Dies widerspiegelt einen realen sozialen Zorn, der aber seinen Ausdruck auch auf praktischer Ebene finden muss. Ansonsten droht eine neue Phase politischer Regression mit einem eventuellen neuerlichen Aufstieg der extremen Rechten.

Deren Vorwahl-Umfrageergebnisse vor den Europaparlamentswahlen sind just in der letzten Aprilwoche von zuvor prognostizierten 5,5 % auf jetzt erstmals gemessene 8 % geklettert. Dies ergab eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts CSA. Eine weitere Umfrage, dieses Mal von Ipsos, hat die rechtsextreme Partei kurz darauf bei 7,5 % gemessen. Diese Vorwahl-Resultate in den Umfragen liegen deutlich über denen, die vor vier bis sechs Wochen messbar waren, wenngleich noch erheblich unterhalb des Niveaus der FN-Wahlergebnisse in den 1990er Jahren. Der Front National machte besonders darauf aufmerksam, dass sich aus den Einzelergebnissen der CSA-Umfrage auch ergibt, dass demnach 18 % der jungen Wähler/innen im Alter von 18 bis 24 Jahren für die rechtsextreme Partei stimmen würden. Dieses Resultat wurde zunächst nirgendwo in der Presse besonders vermerkt, aber Pressekommuniqués und Spitzenpolitiker des FN lenkten wiederholt ihre Aufmerksamkeit darauf. Die Umfrageist jedoch mit höchster Vorsicht zu genießen. Denn ein Zufallsbefund lässt das Ergebnis dieser Befragung von insgesamt rund 900 Personen durch CSA doch merkwürdig ausfallen: Demzufolge erklären 18 % der 18- bis 24jährigen, aber nur 1 Prozent (ein Prozent) in der nächsthöheren Altersgruppe – jener der 25 bis 29-Jährigen –, dass sie für die rechtsextreme Partei votieren würden. Bei der letztgenannten Altersgruppe trägt das Ergebnis im Original der CSA-Studie zudem den Vermerk, dass die geringe Anzahl der Personen aus dieser Gruppe in der Gesamtmenge der Befragten das Ergebnis verzerren könnte. Insofern bleibt erst einmal abzuwarten, ob und inwiefern spätere Befragungen diese stark nach oben (und unten) abweichenden Einzelergebnisse bestätigen können.

Unterdessen hat die FN-Führung zwei weitere Anlässe zur hellen Freude.

Einerseits hat der Conseil d'Etat, das oberste Verwaltungsgericht, die Kommunalwahl im südwestfranzösischen Perpignan annulliert und ihre Wiederholung für Juni 2009 angeordnet. Hingegen steht in der anderen Kommune, wo die Rathauswahl angefochten wurde und wo der FN in den Startlöchern sitzt, im nordfranzösischen Hénin-Beaumont – dort ist Marine Le Pen die „Oppositionsführerin“ - , die Entscheidung noch aus. Das Gerichtsurteil dazu fällt im Juni. Unterdessen hat die Sozialistische Partei den wegen des Verdachts der Veruntreuung in großem Maßstab in U-Haft sitzenden Bürgermeister von Hénin-Beaumont, Gérard Dalongeville, am vergangenen Dienstag (28. April) aus der Partei geworfen. Und der Präfekt, der im französischen Staatsaufbau eine Rechtsaufsicht über die Politik der Kommunen ausübt, hat ihn am Ende derselben Woche für einen Monat vom Amt suspendiert.

Zum Zweiten hat der Rechtsausschuss des Europäischen Parlaments einen Antrag zur Änderung der Geschäftsordnung, der Ende März mit einer breiten Mehrheit der Abgeordneten angenommen worden war, zurückgewiesen. Die Änderung zielt darauf, zu verhindern, dass bei der nächsten Eröffnung des EP am 14. Juli 2009 – wie bislang üblich – der Alterspräsident die Antrittsrede hielt: Der älteste Abgeordnete könnte dann nämlich, mit einiger Wahrscheinlichkeit, Jean-Marie Le Pen heißen. Dessen Vizepräsident (des FN), Bruno Gollnisch, bejubelte in einer Presseaussendung den „Sieg“ im Rechtsausschuss gegen diejenigen, die seinem Chef den Weg zur Eröffnungsansprache verbauen möchten. Er könnte sich allerdings zu früh gefreut haben: Das EP berät im Laufe des Mai erneut über eine entsprechende Änderung der Geschäftsordnung, und wird dieses Mal versuchen, Rechtsfehler peinlichst zu vermeiden. *Bernhard Schmid, Paris* ■

Anhörung Flüchtlinge: Menschenverachtende Lebensbedingungen

MÜNCHEN. Nach der einhelligen Kritik zahlreicher Experten an der Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen haben die Grünen ein Ende der restriktiven Asylpolitik in Bayern gefordert. „Der Umgang mit Flüchtlingen hier im Freistaat ist menschenverachtend", kritisierte die migrationspolitische Sprecherin Renate Ackermann. Zahlreiche Fachleute hatten auf einer von den Grünen beantragten Landtagsanhörung die katastrophalen Lebensbedingungen in den bayerischen Flüchtlingsunterkünften beklagt.

Als Fazit daraus wollen die Grünen schnellstens einen eigenen Gesetzentwurf vorlegen und die rigide Umsetzung des Asylbewerberleistungsgesetzes in Bayern neu gestalten. Abgeschafft werden soll insbesondere die obligatorische Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften. Wie in zahlreichen anderen Bundesländern auch, sollen Flüchtlinge stattdessen die Möglichkeit erhalten, in Privatwohnungen zu ziehen. „Das bisherige System ist ineffizient, teuer und erstickt jegliche Eigenverantwortung", betonte Renate Ackermann. Abgeschafft werden müssten auch die umstrittenen Essenspakete. Die Grünen forderten die Staatsregierung auf, endlich einen belastbaren Kostenvergleich zwischen der im Freistaat praktizierten Gemeinschaftsunterbringung samt Essenspaketen und einer dezentralen Unterbringung mit Geldleistungen für die Essensversorgung vorzulegen.

Anstatt Flüchtlinge weiterhin zu kriminalisieren, müsse Integration generelles Leitmotiv der Flüchtlingspolitik werden, forderte Renate Ackermann. Deshalb solle künftig auch der Integrationsbeauftragte der Staatsregierung für die Verteilung und Unterbringung von Flüchtlingen zuständig sein.

www.gruene-fraktion-bayern.de ■

CAP ANAMUR: Staatsanwaltschaft fordert 4 Jahre Haft

ITALIEN. In ihrem Plädoyer am 22.4.2009 hat die Staatsanwaltschaft in Agrigento in einem dreistündigen Plädoyer 4 Jahre Haft und eine Strafe von jeweils 400.000 Euro für die Angeklagten Bierdel und Schmidt gefordert. Elias Bierdel war der Leiter des Komitees Cap Anamur und damit Verantwortlicher für die Aktionen des Schiffes, Stefan Schmidt war seinerzeit Kapitän der Cap Anamur. Der Erste Offizier des Schiffes, der ebenfalls der Beihilfe zur illegalen Einreise angeklagt wurde, soll laut Staatsanwaltschaft nicht schuldig sein, da er „mit dem Fall nicht als Verantwortlicher zu tun habe."

Auffällig ist, dass sich die Staatsanwaltschaft überhaupt nicht auf den eigentlichen Anklagepunkt „Beihilfe zur illegalen Einreise im besonders schweren Fall" ausgelassen hat, sondern Bierdel und Schmidt nur vorwirft, sie haben die Flüchtlinge zu eigenen Werbezwecken des Komitees Cap Anamur so lange an Bord gelassen. Der Staatsanwalt spricht von „paternalistischer Form der Hilfe". Eingangs lobte er über alle Maßen die Rettung und den humanitären Ansatz der Cap Anamur, leider habe man aber nach der nötigen Rettung große Fehler begangen und nicht sofort die Behörden informiert, das habe der Werbung des eigenen Vereins gedient.

Im Detail geht es letztendlich um die 10 Tage zwischen der Rettung am 20. Juni 2004 und der Mitteilung an die italienischen Behörden am 30. Juni 2004. Bierdel und Schmidt haben in dieser Zeit versucht, einen sicheren Hafen für die Flüchtlinge zu finden, da Malta – der nächst gelegene Hafen – kein sicherer Hafen für Flüchtlinge sei. Diese Aussage, die durch den Jesuitenflüchtlingsdienst und auch durch das Europäische Parlament bestätigt wurden, will der Staatsanwalt jedoch nicht gelten lassen. Das Schiff hätte doch sonstwo hinfahren können, auch nach Spanien z.B. Diese Argumentation ist nicht haltbar, da erstens die DUBLIN II Verordnung gilt (der erste Staat in Europa, in dem die Flüchtlinge anlanden, ist zuständig für die Asylanträge, also in diesem Falle Deutschland (da ein deutsches Schiff) oder Italien, da der nächste sichere Hafen ein italienischer war; zweitens hätte kein anderes Land die Cap Anamur einreisen lassen und eine weitere Odyssee hätte begonnen.

Da der Staatsanwaltschaft die Beweismittel zu „Beilhilfe zur illegalen Einreise" fehlen, muss nun der Vorwurf „mediale Wirksamkeit und Profit" herhalten. Doch auch dieser ist nicht haltbar, wie die Verteidigung in ihrem Plädoyer am 20. Mai 2009 darlegen wird.

Judith Gleitze,
borderline-europe Sizilien ■

Ein ausführlicher Prozessbericht im Rahmen der Prozessbeobachtung für PRO ASYL folgt und ist dann abrufbar auf *www.fluechtlingsrat-brandenburg.de*

Abschiebungen im Jahr 2008

BERLIN. In einer Kleinen Anfrage hat DIE LINKE nach Abschiebungen aus Deutschland im Jahr 2008 nachgefragt. In der Antwort der Bundesregierung auf diese Anfrage wurden folgende Zahlen genannt: Insgesamt fanden 7.778 Abschiebungen auf dem Luftweg statt, 3125 davon „begleitet". Knapp die Hälfte der Abschiebungen (3.729) erfolgte über Frankfurt am Main. Zusätzlich gab es 1.894 Zurückschiebungen und 3.103 Zurückweisungen auf dem Luftweg. An den Landgrenzen gab es 7.848 Zurückschiebungen bzw. -weisungen, an den Seegrenzen 134. Gescheiterte Abschiebungen: 377, davon wegen Widerstandes der Betroffenen: 220 aus medizinischen Gründen: 53 wegen Weigerung der Flugkapitäne: 76 wegen Weigerung des Zielstaates, die Betroffenen aufzunehmen: 28. Die Zielländer der Abschiebungen (Reihenfolge nach Größenordnung der Abschiebungen): Türkei, Vietnam, Serbien, Italien, Kosovo, Nigeria, Albanien, Marokko, Armenien, Rumänien, Algerien, Russische Förderation, Mazedonien, Griechenland, Frankreich, Bosnien-Herzegowina, Schweden, Georgien, China, Syrien, Togo, Irak, Iran, Afghanistan, Sri Lanka

Quelle: Hessischer Flüchtlingsrat ■

Deutschland soll von der Abschiebung von Roma nach Kosovo absehen

27. APRIL 2009 – Die Romaorganisation Chachipe hat die Unterzeichnung eines bilateralen Rückübernahmeabkommens zwischen der Bundesregierung und den kosovarischen Behörden scharf kritisiert. In einem Rundschreiben des niedersächsischen Innenministeriums an die lokalen Ausländerbehörden heißt es, dass sich die kosovarischen Behörden bereit erklärt hätten, in Zukunft alle Rückübernahmeersuchen von Personen aus dem Kosovo ungeachtet ihrer ethnischen Zugehörigkeit zu überprüfen.

„Dieses Abkommen ermöglicht nunmehr auch die Abschiebung von Roma," erklärte Chachipe und erinnerte daran, dass die UNMIK, die bisher für die Bearbeitung der Rücknahmeersuchen zuständig war, bis diese im November vergangenen Jahres von den kosovarischen Behörden übernommen wurden, ihre Position immer wieder ausnutzte, um Abschiebungen von Roma zu verhindern. „Die kosovarischen Behörden haben nicht diese Macht," erklärte Chachipe. „Zudem möchten sie beweisen, dass Kosovo seine Unabhängigkeit ‚verdient' hat, indem siesich formell bereit erklärt, Kosovo Roma und Serben wieder aufzunehmen."

Seit 2005 versucht die Bundesregierung, die Stellungnahme des UN-Flüchtlingswerks über die andauernde internationale Schutzbedürftigkeit von Personen aus dem Kosovo zu unterhöhlen. Erste Abkommen mit der UNMIK ermöglichten die Abschiebung von straffällig gewordenen Personen. Das nun unterzeichnete Abkommen, das seit November vergangenen Jahres verhandelt wurde,

⟶

scheint sämtliche Barrieren außer Kraft zu setzen.

„Wenn es sich bestätigt, so stellt das neue Abkommen einen klaren Verstoß gegen die Stellungnahme des UNHCR, gemäß derer Kosovo Roma und Serben nach wie vor in ihrer Sicherheit bedroht sind und nicht nach Kosovo abgeschoben werden sollen, dar,“ erklärte Chachipe. Chachipe erklärte außerdem, dass Abschiebungen von Roma ins Kosovo einen Verstoß gegen das Prinzips des non-refoulement darstellen, gemäß dessen niemand in ein Land abgeschoben werden kann, wo ihm oder ihr Verfolgung aufgrund der ethnischen oder nationalen Herkunft droht.

„Internationale Berichte belegen übereinstimmend, dass Roma im Kosovo nach wie vor weitgehend diskriminiert werden. Diese Diskriminierung ist so stark, dass man davon ausgehen kann, dass sie das Überleben der Roma gefährdet,“ sagte Chachipe. Die Vereinigung wiederholte ihre Kritik am bestehenden Rechtssystem, dass die Rechte der Roma nur unzureichend schützt: „Die kosovarische Verfassung und die Gesetze, die in ihrem Anschluss verabschiedet wurden, lassen einen breiten Interpretationsspielraum, was die Rechte ethnischer Minderheiten betrifft. Im Alltag werden die Rechte der Roma, wie beispielsweise das Rechte, Kultur und Identität zu pflegen und weiterzuentwickeln, fast vollständig ignoriert.“

Die Vereinigung unterstrich außerdem, dass die lokalen Behörden oftmals nicht bereit sind, Rückkehrer zu reintegrieren, was auch aus dem jüngsten Bericht der UNMIK hervorgeht.

„Das Abkommen, das zwischen der Bundesregierung und den kosovarischen Behörden beschlossen wurde, betrifft Menschen die mehr als zehn Jahre in Deutschland leben. Es betrifft Kinder, die in Deutschland geboren sind und deren Sprache Deutsch ist.“, erklärte Chachipe. „Folglich kann man kaum von einer Rückkehr sprechen: Im Gegenteil, hier werden Menschen in ein Land geschickt, das sie nicht kennen, und wo sie unerwünscht sind.“

Chachipe erklärte, dass es für Roma schwer sei, hinzunehmen, dass ein Land, das für die Deportation und anschließende Ermordung mehrerer Hunderttausend Roma verantwortlich sei, keine Skrupel habe, Roma abzuschieben.

Quelle: www.romarights.wordpress.com - flucht mailing list flucht@nds-fluerat.org ■

Flüchtlingstag 2009





SCHWEIZ. „Das sind doch alles Lügner“ Oder: „Das sind doch alles Dealer“: Solchen Vorurteilen will die Schweizerische Flüchtlingshilfe SFH anlässlich des Flüchtlingstages vom 20. Juni 2009 entgegenwirken. Die Sensibilisierungskampagne soll dazu anregen, über Vorurteile, die nicht nur am Stammtisch, im Tram oder beim Einkaufen zu hören sind, nachzudenken.

Vorurteile werden oft einfach übernommen, ohne dass die wahren Fakten bekannt sind. So werden Menschen regelrecht abgestempelt. Durch Vorurteile werden – noch vor einer persönlichen Begegnung – Bilder zementiert. Oft verunmöglichen Vorurteile eine offene Begegnung mit fremden Personen.

Flüchtlinge und Asylsuchende sind von pauschalisierenden Aussagen und Vorurteilen besonders betroffen. Dabei wird offenbar vergessen, dass viele dieser Menschen in ihrem Heimatland bedroht sind. Unter schwierigsten Umständen mussten sie fliehen, alles zurücklassen – oft auch die eigene Familie – und in einem anderen Land um Asyl nachsuchen.

Menschen, die eine Flucht, den Abschied oder Verlust von allem Liebgewonnenen auf sich genommen haben, sind meist Menschen, die mit voller Kraft von vorne anfangen wollen und können. Erhalten sie die Chance, sich in der Schweiz zu integrieren, engagieren sie sich oft im wirtschaftlichen, sozialen oder kulturellen Umfeld. Übrigens: Der ehemalige Flüchtling Ricardo Lumengo sitzt seit dem Jahr 2007 sogar im Nationalrat. *Quelle: www.osar.ch* ■

Endlich! Das Isolationslager wird geschlossen

GEHLBERG. Das Kämpfen hat sich gelohnt. Der Landkreis hat dem Druck der Flüchtlinge und ihrer Unterstützer_innen nachgegeben. Das Isolationslager in Gehlberg soll schon am 28. Juni diesen Jahres geschlossen werden. Seit fast einem Jahre protestieren die Flüchtlinge in Gehlberg gegen die unmenschlichen Bedingungen und die Isolation im Gehlberger Asylbewerberheim. Sie forderten unter anderem eine dezentrale Unterbringung in der Stadt. Zumindest in Teilen wird dem nun seitens der Verantwortlichen entsprochen. Derzeit sieht es so aus, als bekämen drei Familien aus Gehlberg Wohnungen in Arnstadt und die anderen werden im Arnstädter Asylbewerberheim untergebracht. Die Schließung des Lagers ist zwar ein Grund zur Freude, aber noch lange kein Anlass, um den Kampf für Flüchtlingsrechte einzustellen. Nicht vergessen werden darf die rassistische Gesetzgebung wie die Residenzpflicht oder das Gutschein-System. Auch darf nicht verschwiegen werden, dass es in Deutschland täglich zu Abschiebungen kommt. Die unfassbaren Situationen an den europäischen Außengrenzen müssen thematisiert werden.

No border! No nation! list caravane-info@lists.idash.org ■

Protest gegen die Inhaftierung von Felix Otto

ERFURT. The VOICE Refugee Forum protestiert gegen die Inhaftierung von Felix Otto aus Kamerun. Felix Otto, ein langjähriges Mitglied von The VOICE Refugee Forum, war infolge einer Polizeikontrolle auf der A4 zwischen Erfurt und Jena, wo er zusammen mit einem Freund unterwegs war, inhaftiert und in das Gefängnis Suhl-Goldlauter gebracht worden.

Hintergrund ist eine Bewährungsstrafe wegen Verletzung der Aufenthaltsbeschränkung (Residenzpflicht). Man warf Felix Otto vor, gegen Auflagen der Meldebehörde verstoßen zu haben. Deshalb war die Bewährung ausgesetzt worden. Nun muss er eine Gefängnisstrafe von acht Monaten verbüßen. Fast ein dreiviertel Jahr muss Felix Otto dafür ins Gefängnis, dass er sein natürliches Recht in Anspruch genommen hat, wie ein freier Mensch zu leben. Er hatte sich geweigert, das Asylbewerberheim, das kilometerweit vom nächsten größeren Ort in einem Stück Wald bei Juchhöh im Landkreis Schleiz an der Südgrenze Thüringens liegt, als seinen beständigen Aufenthaltsort zu akzeptieren, wollte der ihm zwangsweise auferlegten sozialen Isolation entkommen.

Felix Otto hat sich lediglich genommen, was gemäß den Menschenrechten einem jedem Menschen, aber nicht einem Asylbewerber in Deutschland zusteht: Bewegungsfreiheit und ein Leben in einem Minimum an Würde. Das deutsche Asylverfahrensgesetz aber macht es zu einem Verbrechen, die Grenze des zugeteilten Landkreises ohne Genehmigung der Ausländerbehörde auch nur zu überschreiten. The VOICE Refugee Forum protestiert einmal mehr gegen dieses deutsche Sondergesetz der Residenzpflicht, das die davon betroffenen Menschen einem rassistischen System von Kontrollen, Diskriminierung, Ausgrenzung und Abschiebungen unterwirft.

Wir fordern daher die sofortige Freilassung von Felix Otto aus der Strafhaft, die auf einem rassistischen Sondergesetz basiert! Wir fordern die sofortige Abschaffung der Residenzpflicht!

Quelle: caravane-info@lists. idash.org ■

Bizarres Religionsexamen beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge treibt der Versuch, Asylsuchende, die zum christlichen Glauben konvertiert sind, auf die Echtheit ihrer Überzeugung hin zu überprüfen, seltsame Blüten. Im Rahmen von Anhörungen kommt es zu einer Art Religionsexamina. Sie sollen offenbar klären, ob Flüchtlinge, die in Deutschland Christen geworden sind, dies nur aus taktischen Überlegungen heraus getan haben.

Eine besonders bizarre Anhörung erlebte vor kurzem ein Iraner. Ausweislich einer Taufbescheinigung der Evangelischen Landeskirche Baden wurde er im Jahr 2008 Christ. Da Christen im Iran verfolgt werden, stellte er einen Asylfolgeantrag. In der Anhörung bei der Bundesamtsaußenstelle Karlsruhe wurden ihm Fragen gestellt, die zur Aufklärung seiner Glaubensüberzeugung wenig beitragen.

Frage: „Wie unterscheidet sich der Gottesbegriff im Christentum vom Gottesbericht (Originalschreibweise im Anhörungsprotokoll) im Islam?“ Das Protokoll vermerkt an dieser Stelle: „Der Dolmetscher versteht die Frage nicht“. Der nichtchristliche Dolmetscher aus Afghanistan, der hier übersetzt hat, konnte die Frage nicht verstehen. Die Mehrzahl der deutschen Christen hätte sie wohl auch nicht ohne weiteres beantworten können. Auch andere Fragen der Anhörung bewegen sich auf dem Niveau theologischer Disputationen. Nachdem der Iraner hierbei überraschend gut mithält, nähert sich die Anhörung ihrem absurden Höhepunkt:

Frage: „Missionieren Sie?“

Antwort: „Ja, ich missioniere.“

Frage: „Bitte, missionieren Sie mich jetzt.“

Antwort: „Ich bin noch nicht so weit, um zu missionieren.“

Der Hintergrund dieses von Seiten des Bundesamtsmitarbeiters angeregten Rollenspiels ist folgender: Nach bisheriger deutscher Asylrechtsdogmatik soll sich das schützenswerte Rechtsgut der Religionsfreiheit auf den Glauben im Privatbereich beschränken. Wer also im stillen Kämmerlein beten kann, der braucht nach dieser Vorstellung hierzulande keinen Schutz. Wer allerdings vom Missionieren nicht ablassen kann, der ist ohne Zweifel im Iran gefährdet.

Ihn schützt auch die inzwischen in deutsches Recht umgesetzte EU-Qualifikationsrichtlinie, wenn er mit seinem Bekenntnis nach außen tritt. Mit den Worten des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs in einem Urteil vom 23. Oktober 2007: „Art. 10 Abs. 1b der Richtlinie umfasst somit nicht nur das offene, nicht nur an die Mitglieder der eigenen Religionsgemeinschaft gewandte Bekenntnis der persönlichen religiösen Überzeugung, sondern auch die Darstellung ihrer Verheißungen und damit auch missionarische Betätigung.“ Sich als Christ „zu outen“ und die Verheißung der Religion darzustellen, ist dem gemäß bereits Mission.

Auch vor diesem Hintergrund ist es völlig inakzeptabel, dass die Iraner noch in der Anhörung beim Bundesamt mit einer Trockentrainingseinheit in Sachen Missionierung beginnen sollte. Offenbar stellt sich der Bundesamtsbedienstete dies in etwa so vor wie den Auftritt eines Erweckungspredigers in einem religiösen Fernsehsender in den USA. Natürlich ist dies mehr als Unfug: Es ist eine nicht zu akzeptierende Geschmacklosigkeit und eine Verletzung religiöser Gefühle.

PRO ASYL empfiehlt dem Bundesamt, solche Praktiken sofort einzustellen und sich darauf zu verlassen, dass hinter Taufbescheinigungen der Kirchen deren Praxis steht, sich von der religiösen Überzeugung und Gewissensentscheidung der Täuflinge selbst ein Bild zu machen.

Zum Hintergrund:

Für die Tatsache, dass insbesondere missionierende Christen im Iran verfolgt werden, gibt es eine Vielzahl von Belegen. Dennoch sind in den letzten Jahren nicht wenige Iraner zum christlichen Glauben übergetreten. Beobachter erklären dies zum Teil mit einer Frustration über das fundamentalistisch-theokratische Regime und sein Hineinwirken in das Alltagsleben.

Auch im Exil sind nicht wenige Iraner zum Christentum übergetreten.

Religiöse Überzeugungen sind aus vielen Gründen einer Überprüfung im Verwaltungsverfahren nur schwer zugänglich. Ein religiöses Grundwissen kann sich jeder aneignen. Auch ist die Glaubensüberzeugung nicht von der intellektuellen Durchdringung von Sachverhalten abhängig. Selbst um den Kerngehalt des christlichen Glaubens ist jahrtausendelang gerungen und gestritten worden. Fragen nach dem Gottesbegriff des Christentums und seinen wesentlichen Unterschieden zum Islam lassen sich als theologische Auseinandersetzungen auf hohem Niveau führen oder als Dialog zwischen einfachen Menschen unterschiedlicher Glaubensüberzeugung. Ein Thema für ein kurzgefasstes Frage- und Antwortspiel ist dies nicht.

Wie der Asylsuchende in absurder Weise in die Enge getrieben wird, zeigt folgender Ausschnitt aus der Anhörung:

„F.: Sie tragen ein großes Kreuz. Was bedeutet das Kreuz?

A.: Das Kreuz beschützt mich.

F.: Was hat das Kreuz im christlichen Glauben für eine Bedeutung?

A.: Jesus wurde gekreuzigt.

F.: Warum wurde Jesus gekreuzigt?

A.: Die damaligen Machthaber und auch die Juden hatten Angst vor Jesus. Aus diesem Grunde wurde er dann gekreuzigt.

F.: Welche Bedeutung hat der Kreuzungstod für einen Christen?

Der Antragsteller ist verunsichert und durcheinander. Er kann die Frage nicht beantworten.“

Der Iraner gibt pragmatische Antworten, die die meisten Deutschen auf solche Fragen auch geben würden. Jesu Tod am Kreuz interpretiert er im politischen Kontext, der sich in der Bibel auch finden lässt. Das genügt dem Anhörer nicht. Er möchte etwas Abstrakteres – eine „Bedeutung“. Während der Bundesamtsbedienstete offenbar auf das Stichwort „Erlösung“ wartet, dessen Übersetzung möglicherweise nicht einfach wäre, kann der Antragsteller mit der Frage nichts anfangen. (Der Schreibfehler im Protokoll soll nicht überbewertet werden. Allerdings ist es peinlich in einer Anhörung mit diesem Hintergrund einen „Kreuzungstod“ zu protokollieren. Immerhin ist Jesus nicht bei einem Verkehrsunfall gestorben.)

Obwohl dies kein Kriterium ist: Das fachliche Niveau der Antworten des iranischen Asylsuchenden liegt oberhalb dessen, was den meisten Christen in Deutschland einige Jahre nach ihrem Konfirmationsunterricht erinnerlich ist. Ein sachlicher Fehler findet sich: Jesus ist nicht im Nil getauft worden, sondern im Jordan. Man frage aber einmal deutsche Christen spontan nach dem Gewässer.

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge müsste in Sachen Religion eigentlich aus den Skandalen der Vergangenheit gelernt haben. Im Jahre 2000 versuchte ein Mitarbeiter des Bundesamtes einen Kongolesen als falschen Priester zu entlarven und führte zu diesem Zweck eine Art theologisches Examen durch. Der Betroffene musste die Namen der zwölf Apostel aufsagen, die Stämme des Volkes Israel aufzeigen und sich zum Gottesbeweis des heiligen Augustinus äußern. Zu allem Überfluss musste er schließlich auf Latein liturgische Gesänge in der Bundesamtsanhörung singen. Trotzdem war dem Bundesamt seine Kenntnis danach noch nicht ausreichend belegt. Nur durch eine Intervention von PRO ASYL wurde der Mann in letzter Minute vor der Abschiebung bewahrt. Er ist bis heute in Deutschland als katholischer Priester tätig.

Quelle: Presseerklärung Pro Asyl 29. April 2009 ■

Kerstin Köditz: Und morgen? Extreme Rechte in Sachsen

„Zivilcourage ist wichtig, ebenso eine funktionierende Zivilgesellschaft. Aber selbst wenn beides vorhanden wäre, könnte damit allein der Aufstieg der NPD nicht gestoppt werden. Der ‚Aufstand der Anständigen‘ bleibt Stückwerk ohne den ‚Aufstand der Zuständigen‘. Der allerdings ist in Sachsen die Ausnahme. Stück für Stück verankert sich die extreme Rechte in der Mitte der Gesellschaft. Auf der Straße, in den Köpfen, in den Parlamenten...

Kerstin Köditz dokumentiert und analysiert das Agieren der Neonazis und der Gegenwehr. Sie berichtet über Strategie, Positionen und Personen der extremen Rechten. Sie weiß: Je weniger links die Linke ist, desto stärker wird die Rechte.“

Verbrecher-Verlag (www.verbrecherei.de) 224 Seiten, 14,00 Euro ISBN: 978-3-940426-17-8

Ein jüdischer Antifaschist und Kommunist in der Résistance und der Bundesrepublik

„Ich bin mittlerweile Reisender in Sachen Mutmachen geworden, gegen Verzagtheit, Enttäuschung und Resignation, gegen Hoffnungslosigkeit“ – das war Peter Gingolds Credo in den letzten 15 Jahren seines Lebens, als er von Zeitzeugengespräch zu Kundgebung und von wissenschaftlicher Konferenz zur Demonstration gegen Neonazis unterwegs war.

Peter Gingold (1916 - 2006) war einer der profiliertesten jüdischen Widerstandskämpfer und Kommunisten in der Bundesrepublik. Besonders seit den 70er Jahren trat er als Redner auf politischen Kundgebungen, bei Aktionen gegen Naziaufmärsche und als Zeitzeuge in Schulen und bei Jugendgruppen auf. Und er hatte viel zu berichten:

- Seine Erfahrungen aus der Zeit des aufkommenden Faschismus in Deutschland,
- sein Exil in Frankreich und sein Kampf in den Reihen der französischen Résistance, in der Illegalität.
- Seine politische Agitation unter deutschen Besatzungssoldaten, seine Verhaftung und die abenteuerliche Flucht aus den Fängen der Gestapo und nicht zuletzt seine Teilnahme am Aufstand von Paris 1944.
- Den 8. Mai 1945, das „Morgenrot der Menschheitsgeschichte“, erlebte er in Turin in den Reihen der italienischen Resistenza.

Zurückgekehrt über Wien und Berlin gestaltete er den politischen Neuanfang in Deutschland aktiv mit, musste jedoch erleben, wie er und seine Familie als Kommunisten fast zwei Jahrzehnte Rechtlosigkeit erlebten. Er erlebte als jüdischer Widerstandskämpfer die erneute Ausgrenzung durch die Kommunistenverfolgung, durch seine Ausbürgerung und das Berufsverbot für seine Tochter Silvia. Doch gleichzeitig erlebte er eine internationale Solidarität, der sich auch die Kalten Krieger in der Bundesrepublik beugen müssen.

Aber er verstand sich bei seinen zahlreichen Gesprächen mit jungen Menschen insbesondere als „Mut-Macher“, der immer wieder die Perspektive formulierte: „Nie aufgeben!“ In den letzten Jahren engagierte er sich insbesondere in der VVN-BdA und formulierte gemeinsam mit Esther Bejerano anlässlich des 50 Jahrestages der Gründung dieser Organisation seinen Appell an die Jugend, in dem er auf das großartige Vermächtnis des antifaschistischen Widerstandskampfes für die nachgeborenen Generationen verwies.

In den letzten Jahren seines Lebens begann er vieles aus seinen Erinnerungen aufzuschreiben. Er legte ein Manuskript an, das in seiner Eindringlichkeit und Aussagekraft Peter Gingolds Leben und seinen Charakter authentisch widerspiegelt. Im PapyRossa-Verlag sind seine Erinnerungen Ende März unter dem Titel „Paris - Boulevard St. Martin No. 11“ als Buch erschienen. Herausgegeben wurde das Manuskript von Ulrich Schneider, der neben der redaktionellen Bearbeitung etwa zwei Dutzend historische Erläuterungen beifügte, damit auch junge Leser und historisch weniger Bewanderte den Text und die chronologischen Zusammenhänge leichter verstehen können.

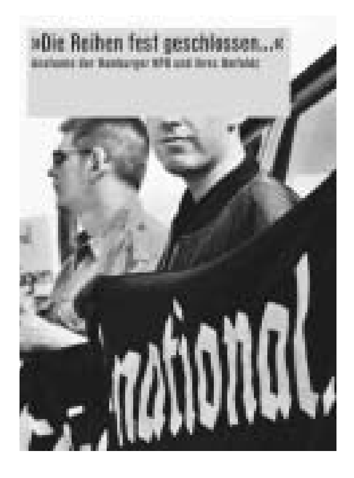
aus Frankfurter Info 9-09 ■

Peter Gingold, Paris - Boulevard St. Martin No. 11, Ein jüdischer Antifaschist und Kommunist in der Résistance und der Bundesrepublik, hrsg. Ulrich Schneider, 187 S., zahlreiche Illustrationen, (Neue Kleine Bibliothek 136) PapyRossa-Verlag Köln, 14,90 Euro, ISBN 9783894384074

Ver.di mahnt mit Broschüre vor NPD

Als Gemeinschaftsprojekt der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di und der linksradikalen Organisation Avanti – Projekt undogmatische Linke ist am 29. April eine Informationsbroschüre zur Hamburger NPD der Öffentlichkeit präsentiert worden. Unter dem Titel „Die Reihen fest geschlossen – Anatomie der Hamburger NPD und ihres Umfelds“ finden sich auf über 100 Seiten Informationen zu Geschichte und Innenleben des Landesverbands, aber auch zu den Verbindungen der NPD ins konservative Lager.

Am Mittwoch den 29. April standen sowohl Sprecher von Avanti, als auch Wolfgang Rose der Landesvorsitzende von ver.di vor der Presse um die NPD- Broschüre zu präsentieren. Sie ist Ergebnis einer ungewöhnlichen Kooperation der großen Gewerkschaft mit der kleinen linksradikalen Organisation. Das verbindende Ziel ist Informationen zugänglich zu machen: „Gerade in Zeiten wirtschaftlicher Krise droht diese Agitation bei manchen



zu verfangen, die sich vor sozialem Abstieg, vor Arbeitslosigkeit und Armut fürchten. Deshalb müssen wir die Menschen aufklären und ihnen aufzeigen, dass die Slogans der Neonazis falsch und in ihrer Konsequenz menschenverachtend sind.“ so Rose. Die Broschüre sei auch ein Zeichen, dass sich die Gewerkschaft gemeinsam mit Avanti als einen Teil der antifaschistischen Bewegung in der Hansestadt sehe.

Das ist auch nötig. „Der Hamburger Landesverband der NPD ist einer der radikalsten überhaupt. Unter Rieger ist es der Partei gelungen, auch das militante neofaschistische Spektrum mit einzubinden“ so Avanti. Gleichzeitig sei er „gemessen an der Größe sehr aktiv“, mit über 60 öffentlichen Auftritten von NPD, DVU und Freien Kameradschaften habe sich die Zahl 2008 gegenüber den letzten Jahren nahezu verdoppelt. Die NPD setzte besonders darauf, Infostände in Hamburgs Randgebieten durchzuführen.

Neben der Auseinandersetzung mit Weltbild und Programmatik sowie den Strategien der NPD werden in der Publikation auch Verbindungen innerhalb des extrem Rechten Lagers aufgezeigt, die in der Öffentlichkeit oftmals nicht thematisiert werden. Die Autoren hoben dabei zwei Burschenschaften in Hamburg hervor, die mit NPD-Mitgliedern zusammenarbeiteten. Zudem gehen die Verfasser auf die Extremismustheorie ein und kritisieren die Gleichsetzung von Links und Rechts scharf. Für den Verfassungsschutz, der in kürze seinen Jahresbericht vorlegt, dürfte die Broschüre wenig erfreulich sein: Die AutorInnen werfen dem Dienst vor, das bis in die

Mitte der Gesellschaft reichende NPD-Umfeld kaum zu benennen. Der Verfassungsschutz betreibe „gelegentlich Desinformation, verschweigt häufig die Kooperationen konservativer und neofaschistischer Kreise“. Konsequenterweise wird gleich die Abschaffung gefordert: „Dieser Geheimdienst verhindert eine breite und transparent geführte Auseinandersetzung um die Bekämpfung der extremen Rechten.“ Dementsprechend fällt die Medienresonanz auch nicht durchweg positiv aus. Im konservativen Hamburger Abendblatt wird sich unter dem Titel „Ver.di kooperiert mit Linksextremen“ darüber ereifert, dass die Gewerkschaft mit einer vom Verfassungsschutz beobachteten Organisation zusammenarbeite. Der angegriffene Ver.di-Chef Rose rechtfertigt sich: „Dort ist das profunde Wissen über die Strukturen der NPD und der rechten Szene vorhanden. Ich kenne keine andere Organisation, die in diesem Bereich gründlicher recherchiert hätte.“ Wie die Auseinandersetzung weitergeht, wird sich zeigen, schließlich ist Rose auch Bürgerschaftsabgeordneter der SPD. Erstmal ist die Broschüre auch ein nachträglicher Erfolg der Proteste gegen den Naziaufmarsch am 1.Mai 2008. Die Gewerkschaftsführung hatte sich damals nicht an den Aktivitäten des Hamburger Bündnis gegen Rechts beteiligt, sondern ihre 1. Mai- Demo in einen weit entfernten Stadtteil verlegt. In der Basis hatte das viel Unmut ausgelöst, die Abstimmung lief mit den Füßen. Während sich in Barmbek 10.000 AntifaschistInnen – darunter viele GewerkschafterInnen – den Nazis in den Weg stellten, wurde die DGB-Demo zum Flop. Teile der Gewerkschaften – wie der ver.di Arbeitskreis Antirassismus haben seitdem die Zusammenarbeit von unten aufgebaut.

Bezug der Broschüre „Die Reihen fest geschlossen...“: Verdi, Besenbinderhof 60, 20097 Hamburg, 0 40/ 2 85 80.

Neuer IDA-Reader und IDA-Flyer

Handelt es sich bei Rassismus, Antisemitismus und Islamfeindlichkeit um Diskriminierungsformen, die getrennt voneinander zu betrachten sind? Welche Gemeinsamkeiten und Überschneidungen gibt es? Was bedeutet dies für pädagogische Konzepte und Projekte? Diese Fragen untersucht der Reader.

Der erste Teil des Readers betrachtet Rassismus, Antisemitismus und Islamfeindlichkeit aus gesellschaftstheoretischer Perspektive. Im zweiten Teil werden pädagogische Konzepte und Projekte vorgestellt, wobei die Reflexion der Praxis sowie der dahinterliegenden Ansätze im Mittelpunkt steht. Um Multiplikatorinnen und Multiplikatoren Anregungen für die praktische Arbeit und zur weiteren Beschäftigung mit dem Thema zu geben, beinhaltet der dritte Teil kommentierte Hinweise zu pädagogischen Materialien und Literatur. Der Reader umfasst 80 Seiten und kann bei IDA e. V. gegen Portogebühr bestellt werden.

Der Flyer „Was heißt eigentlich Vielfalt?“ nimmt den Begriff Vielfalt, der in der Diskussion über die Migrationsgesellschaft allgegenwärtig ist, unter die Lupe. Was ist mit dem Begriff gemeint? Ist Vielfalt immer positiv? Was bedeutet das für eine Pädagogik der Vielfalt? Der Flyer zeigt verschiedene Dimensionen und Assoziationen auf, die mit dem Begriff verbunden sind und weist auf das Potential des Begriffs, aber auch seine problematischen Elemente und Stolpersteine hin.

Stephan Bundschuh/Birgit Jagusch/Hanna Mai (Hg.): Holzwege, Umwege, Auswege – Perspektiven auf Rassismus, Antisemitismus und Islamfeindlichkeit, IDA e. V., Düsseldorf 2008 Flyer „Was heißt eigentlich ... Vielfalt?“, Düsseldorf 2008
Bezugsadresse für Reader und Flyer: IDA e. V., Volmerswerther Str. 20, 40221 Düsseldorf, info@IDAev.de, www.idaev.de

Ausstellung zur Wehrmachtsjustiz

Bremen. Am Freitag, 29. Mai, wird um 16:00 Uhr in der Oberen Rathaushalle die Ausstellung „Was damals Recht war… Soldaten und Zivilisten vor Gerichten der Wehrmacht“ eröffnet.

Sie ist vom 30. Mai bis 28. Juni zwischen 10:00 und 18:00 Uhr in der Unteren Rathaushalle zu sehen. Es gibt ein umfangreiches Begleitprogramm mit 28 Veranstaltungen. Träger sind Landeszentrale für politische Bildung und Georg- Elser-Initiative. Zur Eröffnung der Wehrmachtsjustiz-Ausstellung am Freitag, 29. Mai, wird Bürgermeister Jens Böhrnsen Ludwig Baumann für seine Verdienste um die Wiederherstellung der Würde der Wehrmachtsdeserteure ehren. Weitergehende Vorstellungen eines breiten Vorbereitungskreises, die Verleihung der Ehrenbürgerschaft, ließen sich nicht durchsetzen.

Argument der Senatsverwaltung war, seit 1945 seien nur Bremer zu ehren, die sich um Bremen verdient gemacht haben. Lange Jahre hat Ludwig Baumann als Motor der immer kleiner werdenden Schar ehemaliger Wehrmachtsdeserteure für die Aufhebung der Urteile und die Rehabilitierung seiner Kameraden gekämpft. 25.000 von 30.000 Todesurteilen gegen Wehrmachtsdeserteure wurden in weniger als sechs Jahren vollstreckt, weniger als 4.000 Fahnenflüchtige überstanden Militärstraflager und Bewährungseinheit. Während die Richter des Reichskriegsgerichts in der Bundesrepublik beruflich weiterkamen, galten die Wehrmachtsdeserteure bis 2002 als vorbestrafte Kriminelle. Kein Kriegsrichter wurde je von einem bundesdeutschen Gericht verurteilt. Ihre Blutgerichte galten der bundesdeutschen Justiz nicht als nationalsozialistisches Unrecht. Bis zum 11.09.1991 galt die Kriegssonderstrafrechtsverordnung als rechtsstaatlich. Seit Mai 1997 erst wurde der Zweite Weltkrieg als Angriffs- und Vernichtungskrieg gewertet. Und es dauerte weitere fünf Jahre, bis der Bundestag die meisten Urteile der Wehrmachtsjustiz aufhob.

Der Kampf des 87-jährigen Ludwig Baumann ist noch nicht zu Ende. Noch gilt Kriegsverrat als unehrenhaft, noch haben die Urteile der Wehrmachtsjustiz gegen Menschen Bestand, die sich geweigert haben, Zivilisten zu töten, die die Waffe umgedreht und „den Feind“ unterstützt haben, um dem Wahnsinn ein Ende zu bereiten. Dazu werden Prof. Dr. Manfred Messerschmidt und Ludwig Baumann im Rahmen der Eröffnungsveranstaltung sprechen.

Aus Bremer Antifaschist 5-2009 ■

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.

Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg – Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; Angelo Lucifero; Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Islamphobie per Verfassungsschutz

Junge Freiheit Nr. 16/09 vom 10. April 2009

Die Landesberichte der Verfassungsschutzämter Bayern und Nordrhein-Westfalen warnen nicht nur vor der Linkspartei – das Blatt lenkt das Augenmerk auf die angebliche Terrorgefahr durch Islamisten und behauptet: „Die Gefahr gehe nicht selten gerade von Menschen aus, die in Deutschland als ‚integriert erscheinen',“ habe der bayerische Innenminister erklärt. Das Blatt macht daraus „Integrierte Moslems als Gefahr“.

Die NPD sei auch nach ihrem Parteitag tief gespalten – die tiefe Zerklüftung werde wahrscheinlich nach der Bundestagswahl erneut zu einem Führungskampf in der NPD führen. Mit Thomas Wulff und Thorsten Heise seien zwei Vertreter des äußerst radikalen Spektrums in den Parteivorstand gewählt, die Mitglieder der Landtagsfraktionen in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern unterlagen bzw. kandidierten gar nicht mehr.

JF-Autor referiert bei Jürgen Elsässer

Junge Freiheit Nr. 17/09 vom 17. April 2009

Das Blatt berichtet über die zweite Veranstaltung der von Elsässer ins Leben gerufenen „Volksinitiative gegen das Finanzkapital“, auf der u. a. der „Wirtschaftswissenschaftler und JF-Autor Wilhelm Hankel“ sprach. Er trug vor: „Das vom Dienst an der Volkswirtschaft entkoppelte spekulative Kapital zerstöre die bürgerliche Gesellschaft und ruiniere das Geldwesen … Hankel wies die Vorstellung als ‚dumm' zurück, der Euro könne nun als ‚Bollwerk' fungieren: in der Tat seien dreiviertel der Volkswirtschaften, die den Euro als Währung übernommen haben, inzwischen bankrott, zu Lasten der anderen Mitgliedstaaten. Wurde der Euro von seinen Apologeten einst als der große ‚Unifier' gepriesen, hat er sich nun als europäisches Pulverfass erwiesen. Damit kam Hankel zum zentralen Anliegen der Volksinitiative, dem Eintreten für den souveränen Nationalstaat, der als einzige Instanz imstande sei, den ‚ Heuschrecken' Einhalt zu gebieten … Diesen Entwurf sekundierte Elsässer im wesentlichen, um zu einem Rundumschlag gegen die deutsche Linke auszuholen, der er politische Realitätsblindheit vorwarf ... Als Beispiel nannte er die Anti-Nato-Kampagne, die sich nicht nur ein irriges, nebensächliches Ziel ausgesucht hätte, sondern auch noch mit blödsinnigen ‚Slogans' auf englisch betrieben werde.“

Anti-Antifa

Junge Freiheit Nr. 18/09 vom 24. April 2009

Das Blatt plädiert dafür, den „antifaschistischen Konsens“ aufzukündigen, denn brennende Autos und ein abgebranntes Fahrzeugdepot der Bundeswehr seien Zeichen dafür, das „die Gegen-Rechts-Republik Deutschland“ die Kontrolle verliere „über die Antifa-SA. Ungeachtet der tatsächlich zunehmenden rechtsextremistischen Straftaten behauptet das Blatt, die Bundesrepublik habe sich durch öffentliche Mittel eine Truppe vermummter Linksextremisten herangezogen:

„Dafür hat der Geldsegen der gewaltbereiten linksextremen Subkultur erlaubt, sich zum Vollstrecker der gerechten Sache aufzuschwingen, zur kampfbereiten SA der feinen Gutmenschen und sanften Lichterkettenflechter. Anders als glatzköpfige rebellierende Jungmänner konnte die schwarzen Bataillone stets auf klammheimliche Freude und Unterstützung zumindest auf dem linken Flügel des politischen Spektrums rechnen, wenn sie mal über die Stränge schlugen … Bei den Bürgerlichen murrte man zwar bisweilen, den Geldhahn wagte aber auch keiner zuzudrehen. Antifaschistische Informationsbüros und Internetseiten taugen eben nicht nur zur Volksaufklärung, sondern auch für die Mobilmachung zum den Bürgerkrieg.“

Lissabon-Vertrag schafft das Grundgesetz ab

Junge Freiheit Nr. 19/09 vom 1. Mai 2009

Das ist der Tenor der Berichterstattung des Blattes über das bevorstehende Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum EU-Vertrag von Lissabon. Dem Blatt liegt eine Unterschriftenliste an das Bundesverfassungsgericht bei, in dem dieses aufgefordert wird, den Lissabon-Vertrag zu kippen. Das Blatt selbst befürchtet aber, dass das Verfahren nicht so einfach ausgehen wird: „Nicht allein die Eurokraten sind es, die uns entmündigen, es sind die eigenen Politiker. Zieht das Bundesverfassungsgericht die Notbremse, bevor es degradiert wird? Oder begnügt es sich unter politischem Druck mit einigen Vorbehalten wie bei der Maastricht-Entscheidung?“ *uld* ■

Schlierer erteilt gemeinsamer Rechtspartei Absage

Nachdem in letzter Zeit immer öfter das Thema einer einheitlichen Rechtspartei aufgekommen ist, bezog der Bundesvorstand der Republikaner nun Stellung dazu. „Es wird keinerlei Zusammenarbeit mit Parteien geben, die unseren Staat oder die freiheitlich demokratische Grundordnung beseitigen wollen bzw. in Frage stellen oder die Annäherung an Gegner unserer Verfassung suchen.“, heißt es in einem Beschluss des Führungsgremiums der Republikaner.

Diese Aussage war eine direkte Reaktion auf ein durch gesamtrechts.info geführtes Interview mit REP-Bundesvorstandsmitglied Tony Fiedler, dessen Inhalt Schlierer damit zurückwies. Fiedler spricht darin über seine Vorstellungen zur Zukunft der deutschen Rechten. So meint er u.a., „ein Bündnis mit den Republikanern würde der DVU mehr bringen, da sie dadurch ein viel größeres Wählerpotential erreichen würde“. Des Weiteren könne er sich vorstellen, dass Landtagsfraktionen der NPD zur DVU übertreten könnten. Letztere Partei würde dann nach Kündigung des Deutschlandpaktes durch eine Fusion mit den Republikanern eine starke rechte Partei ergeben, die seiner Meinung nach gute Chancen bei der Bundestagswahl 2013 hätte. *Quelle: endstation-rechts.de* ■